

Ein Dossier von „Brot für die Welt“, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Land ist Leben

Der Griff von Investoren nach Ackerland

Brot
für die Welt

eed
Evangelischer
Entwicklungsdienst

FCCL

Cacique Pedro Segundo, ein Wichi-Indianer in Argentinien, blickt traurig auf das Land, das früher seinem Stamm gehörte. Großgrundbesitzer haben es gerodet und eingezäunt.

Foto: Florian Kopp / Brot für die Welt



Editorial



Dr. Klaus Seitz
ist Leiter der Abteilung Politik und Kampagnen bei „Brot für die Welt“.



Pfr. Jürgen Reichel
leitet das Referat Entwicklungspolitischer Dialog beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED).



Jan Dunkhorst
ist Geschäftsführer des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL).

Liebe Leserinnen und Leser,

der privatwirtschaftliche Griff nach Land ist kein neues Phänomen. Schon während der Kolonialzeit eigneten sich Europäer Grund und Boden außerhalb des eigenen Kontinents an, um Exportprodukte wie Früchte, Baumwolle oder Kaffee für weit entfernte Verbraucherinnen und Verbraucher produzieren zu lassen. Um die dort lebenden Menschen scherten sie sich hingegen kaum.

Seit der Ernährungs-, Klima- und Finanzkrise der letzten Jahre nehmen die Begehrlichkeiten rasant zu. Allein zwischen 2006 und 2009 wurden laut Schätzungen zwischen 22 und 50 Millionen Hektar Land in Afrika, Asien und Lateinamerika an ausländische Investoren veräußert. Und die Dunkelziffer ist hoch. Denn die Verträge werden im Geheimen von Regierungen und den in- und ausländischen Konzernen abgeschlossen. Die Bedürfnisse von bäuerlichen Familienbetrieben, nomadischen Viehhaltern und Waldnutzern geraten dabei leicht unter die Räder.

Als Land Grabbing (Landraub) bezeichnet die Zivilgesellschaft diesen neuen Trend. Landraub war auch das bestimmende Thema beim diesjährigen Weltsozialforum in Dakar, Senegal. 70.000 Menschen haben in mehr als 20 Veranstaltungen Fälle von Land Grabbing analysiert und Forderungen diskutiert. Kein Wunder: 75 Prozent aller großflächigen Investitionen in die Landwirtschaft finden in Afrika statt. Bauern- und Entwicklungsorganisationen sehen in ihnen eine große Gefahr für die Ernährungssicherheit.

„Brot für die Welt“, der Evangelische Entwicklungsdienst und das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika unterstützen Partner in ihrem Widerstand gegen die neue Landnahme. Eine informierte Öffentlichkeit in Europa, die solche Vorgänge verfolgt, ist notwendig und hilfreich – umso mehr, wenn Konflikte um Land mit aller Härte ausgetragen werden.

Klaus Seitz
Jürgen Reichel
Jan Dunkhorst

Inhalt

3 Die neuen Großgrundbesitzer
Henk Hobbelink

6 Private Agrarinvestitionen – wem nützen sie?
Kontroverse: Thomas Fritz und Thomas Koch

8 Was hat Gott mit der Landfrage zu tun?
Bernd Kappes

9 Die Spirale der Gewalt
Caroline Kruckow

10 Vermessen. Die Landpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit
Roman Herre

12 Empowerment statt Land Grabbing
Alexandra Spieldoch

14 Kambodscha: Zucker für den EU-Markt
Manfred Hornung

16 Tansania: Investoren gehen direkt in die Dörfer
Abdallah Ramadhani Mkindi

18 Kolumbien: Die Expansion des Ölpalmanbaus
Paula Álvarez Roa

20 Unternehmensverantwortung bei Landvergaben: Dialog mit Addax Bioenergy
Nuria Brunner, Yvan Maillard Ardent

21 Hunger bekämpft man nicht mit Landraub
Carolin Callenius, Francisco Mari

23 Materialien



Foto: REUTERS / Paulo Whitaker

Arbeiter ernten 2009
in Tangara da Serra im westlichen
Brasilien ein Sojabohnen-Feld ab.

Die neuen Großgrundbesitzer

Kapitalstarke Investoren stehen beim Ansturm auf ausländische Agrarflächen an vorderster Front

| Henk Hobbelink, GRAIN

Das Phänomen des Land Grabbing gibt es schon seit Jahrhunderten. In vielen Teilen der Welt haben weiße Kolonialherren Land an sich gerissen. Solche gewaltsamen Vorgänge spielen sich von China bis Peru auch heute noch ab. Und doch hat sich etwas verändert: Die neuen Geschäftsabschlüsse mit Landnahmen nehmen in Zahl und Umfang deutlich zu, und dabei geht die Initiative heutzutage im Wesentlichen von der Finanzbranche aus.

Der Weltbank zufolge haben allein in den letzten paar Jahren rund 45 Millionen Hektar an fruchtbarem Boden den Besitzer gewechselt oder es wird gerade darüber verhandelt – eine atemberaubende Menge, die der doppelten Fläche des gesamten Ackerlandes in Deutschland entspricht. Allein in Afrika wurden mehr als 30 Millionen Hektar verkauft oder verpachtet. Die Organisation GRAIN schätzt, dass dafür mehr als 100 Milliarden US-Dollar gezahlt wurden. Auch wenn Regierungen dabei mithelfen, werden diese Geschäfte – im Einvernehmen mit Vertretern der betreffenden Länder – im Wesentlichen von privaten Unternehmen getätigt. So hat zum Beispiel das indische Agrarunternehmen Karuturi Global sich in Äthiopien rund 300.000 Hektar Land angeeignet und mit der

Kultivierung begonnen. Die Foras International Investment Company, 2008 als Investmentarm der Organization of the Islamic Conference (OIC) ins Leben gerufen, in der 57 islamische Staaten in vier Kontinenten vertreten sind, hat in Mali, im Senegal und Sudan ausgedehnte Flächen für den Reisanbau erworben. Foras verweist stolz darauf, dass sie in dieser Region 700.000 Hektar landwirtschaftlich zu nutzen beabsichtigt.

In all diesen Fällen verlieren die einheimischen Bauern den Zugriff auf das Land und damit ihren Lebensunterhalt.



„Hände weg von öffentlichem Land!“
Das Green Belt Movement
in Kenia versucht, Wald und
natürliche Ressourcen zu schützen.

Bisher hat sich das Interesse der Öffentlichkeit besonders darauf konzentriert, inwiefern Staaten wie Saudi-Arabien, China und Südkorea am Land Grabbing beteiligt sind. Doch eigentlich ist es so, dass die Regierungen zwar beim Zustandekommen dieser Geschäfte mithelfen, dass danach aber private Unternehmen über das Land verfügen. So schloss zum Beispiel die Regierung von Mauritius, vermittelt durch das Außenministerium, im August 2009 einen langfristigen Pachtvertrag über 20.000 Hektar fruchtbaren Boden in Mosambik ab, um dort Reis für den mauritischen Markt anzubauen.

Dass damit versucht wird, die Lebensmittelproduktion ins Ausland zu verlagern, ist offensichtlich. Doch ist es nicht die mauritische Regierung, die den Reis zugunsten ihrer Bevölkerung anbauen und anschließend nach Hause transportieren lässt. Vielmehr verpachtete der Landwirtschaftsminister von Mauritius das Land umgehend an zwei große Privatfirmen weiter: Eine stammt aus Singapur, produziert auch Reis in Mauritius und beabsichtigt, den afrikanischen Markt für die von ihr entwickelte Sorte Reis zu erschließen; die andere hat ihren Sitz in Swasiland und ist eigentlich auf Rinderzucht spezialisiert, engagiert sich aber auch in der Produktion von Agrartreibstoffen im südlichen Afrika.

| Die Rolle des Finanzkapitals

GRAIN wollte genauer wissen, wer die privaten Investoren eigentlich sind, die zur Zeit weltweit Land für die ausgelagerte Lebensmittelproduktion an sich reißen. Soweit wir feststellen konnten, spielt das Finanzkapital in Form von Beteiligungsfonds und Investmentgesellschaften dabei tatsächlich eine beträchtliche Rolle. Im Oktober 2009 hat GRAIN eine Übersicht über 120 Investitionsunternehmen veröffentlicht, die zu meist erst vor kurzem gegründet wurden und die dabei sind, im Ausland Ackerland zu erwerben (siehe den Link unter diesem Text).

Die privaten Investoren interessieren sich nicht deshalb für die Landwirtschaft, weil sie etwas gegen den Welt hunger oder die Armut der Landbevölkerung unternehmen wollen, sondern sie sind ganz einfach auf Profite aus. Und die Wirtschaftslage hat sich global in einer Weise verändert, dass sich jetzt mit Ackerland sehr viel Geld verdienen lässt: Investoren können sich darauf verlassen, dass die Nachfrage nach Nahrungsmitteln weltweit steigt und für hohe Marktpreise sorgt. Das verspricht denjenigen, die über die Ressourcen für den Anbau von Nahrungsmitteln verfügen, hohe Gewinne. Und diese Ressourcen, vor allem Land und Wasser, waren noch nie derart umkämpft

Die Wirtschaftslage hat sich global in einer Weise verändert, dass sich jetzt mit Ackerland sehr viel Geld verdienen lässt.

wie heute. Seit der Finanzkrise sind die sogenannten alternativen Investitionen, unter anderem in Agrarflächen und Infrastruktur, der Renner. Besonders Ackerland gilt als inflationssicher. Und weil sein Wert von der Fluktuation anderer Vermögenswerte wie Gold und Devisen unabhängig ist, ermöglicht es den Investoren, ihre Portfolios erfolgreich zu diversifizieren.

Doch es geht nicht nur um das Land, sondern auch um die Produktionsweise. Die Investoren sind überzeugt, dass sie in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem ehemaligen Ostblock ihre Unternehmen konsolidieren, eine Kombination von Technologie, Kapital und modernem Management einführen, die Infrastruktur aufbauen und aus bescheidenen Landwirtschaftsbetrieben gewaltige Agrarunternehmen machen können. „Wir sind wie Schuhfabrikanten und Computerhersteller, aber wir produzieren Agrarerzeugnisse“, sagt Laurence Beltrão Gomes von SLC Agrícola, dem größten landwirtschaftlichen Unternehmen Brasiliens. Es ist eine Neuauflage der Grünen Revolution, ihr Motor sind Unternehmen, und die haben Großes vor. „Mein Chef

will den größten Konzern auf dem Agrarsektor aufbauen, etwa so wie ExxonMobil“, sagte Joseph Carvin vom One World Agriculture Fund der Investmentfirma Altima Partners bei einem internationalen Kongress von Agrarinvestoren, der im Juni 2009 in New York stattfand. Kein Wunder also, dass hier auch die Regierungen, die Weltbank und die Vereinten

Nationen mitmischen wollen. Aber sie sind nicht diejenigen, die dabei das Sagen haben.

Vielmehr entsteht eine mächtige neue Lobby, die im Interesse ihrer Konzerne günstige Bedingungen aushandeln will, um Investitionen in Ackerland zu erleichtern und abzuschern. Sie will lästige Landrechte abschaffen, die den Aufkauf durch Ausländer verhindern, Beschränkungen für den Export von Lebensmitteln aus den Gastländern aufheben und Restriktionen für genmodifizierte Produkte



unwirksam machen. Deshalb werden sie sich auf jeden Fall mit ihren eigenen Regierungen und verschiedenen Entwicklungsbanken zusammenschließen, um weltweit die Durchsetzung ihrer Interessen mit Hilfe von Freihandelsabkommen, bilateralen Investitionsverträgen und Auflagen von Gebern für die Entwicklungshilfe zu forcieren.

Der Export der Lebensmittelunsicherheit

Da die private Wirtschaft bei den derzeitigen Landtransfers eine zentrale Rolle spielt, ist auch klar, dass hier nicht die Art von Landwirtschaft gefördert wird, die zur Ernährungssouveränität beitragen kann. Und auch der Ernährungssicherheit ist nicht gedient, wenn der Hunger schneller wächst als das Bevölkerungswachstum. Einer der Leiter von Synergie Paysanne, einem Bauernverband aus Benin, sieht diese Landkäufe als „Export der Lebensmittelunsicherheit“. Denn um die Interessen weniger – sei es an Getreide oder an Geld – zu befriedigen, nehmen sie den Menschen die Möglichkeit, selbst Lebensmittel zu produzieren. In den meisten Fällen haben diese Investoren wenig praktische Erfahrung in der Landwirtschaft; sie übernehmen einfach das Land, laugen die Böden mit einer intensiven Anbauweise aus und zerstören das Bodenleben, verabschieden sich nach ein paar Jahren wieder und hinterlassen der einheimischen Bevölkerung eine zerstörte Umwelt.

Überall – im UN-Hauptquartier in New York genauso wie bei den europäischen Regierungen – ist die Rede davon, dass diese Deals so gestaltet werden müssten, dass beide Seiten davon profitieren. Dahinter steckt die Idee, mit ein wenig moralischem Anstrich und ein paar Reglementierungen, auf die man sich einigt, könnten diese Geschäfte der lokalen Bevölkerung nutzen (natürlich ohne die Investoren zu verschrecken). Die Weltbank möchte sogar ein weltweites Zertifizierungsverfahren einführen und eine Prüfstelle schaffen, um Land Grabbing „nachhaltig“ zu machen, so wie es bereits für Palmöl, Forstwirtschaft und andere extraktive Industrien versucht worden ist. Sie hat sieben Prinzipien (Principles of Responsible Agricultural Investment) entwickelt, um „Agrarinvestitionen großen Umfangs“ sozial verträglicher zu gestalten.

Doch all diese Win-Win-Theorien sind schlicht unrealistisch. Sie stellen Transparenz und gute Regierungsführung in Aussicht, als ob die ausländischen Investoren die traditionellen gemeinschaftlichen Landrechte der ansässigen Bevölkerung respektieren würden, wo es schon die eigenen Regierungen nicht tun. Sie verheißen Arbeitsplätze und Technologietransfer, auch wenn diese gar nicht als Problem im Mittelpunkt standen und die Versprechen sich höchstwahrscheinlich

Ein neues Bewässerungssystem lässt den Mais gedeihen. Dieses Land wird von lokalen Bauern genutzt, aber immer mehr Ackerböden Äthiopiens werden an Investoren verpachtet.

lich nie erfüllen. Es wird von Freiwilligkeit, von Befürchtungen und Möglichkeiten gesprochen statt von Garantien und festen Absichten.

Wenn man sich die Investoren genauer anschaut und daran denkt, welche Erfahrungen in der Vergangenheit mit solchen Landtransfers gemacht wurden, wird man kaum darauf vertrauen, dass diese Leute sich plötzlich an die Spielregeln halten werden, nur weil ein paar internationale Institutionen ihnen Richtlinien und Verhaltensnormen nahelegen. Genauso unwahrscheinlich ist es auch, dass es den Regierungen oder den internationalen Organisationen jetzt auf einmal gelingen wird, sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Land Grabbing führt dazu, dass die Landwirtschaft sich immer stärker auf riesige Monokulturen, umfangreichen Chemieeinsatz, den Verbrauch von fossilen Energieträgern und unmenschliche Arbeitsbedingungen stützt. Eine solche Landwirtschaft wird nicht dazu taugen, die Welt mit Lebensmitteln zu versorgen; sie dient im Wesentlichen dazu, Extraprofite für ein paar Auserwählte zu produzieren.

Selbstverständlich brauchen wir Investitionen in die Landwirtschaft, aber nicht Investitionen in wenige Großbetriebe in der Hand einer kleinen Zahl von Finanzhaien, sondern Investitionen in die Lebensmittelsicherheit, die von Millionen lokaler Märkte und von drei Milliarden Bauern und Landarbeitern getragen wird. Denn sie sind es, die bisher den größten Teil unserer Lebensmittel produzieren. ||

GRAIN-Übersicht über Unternehmen, die in Land investieren: www.GRAIN.org/m/?id=266

Übersetzung aus dem Englischen: **Anna Latz**



Henk Hobbelink
ist Koordinator der internationalen NGO GRAIN,
www.grain.org.

Kontroverse: Private Agrarinvestitionen – wem nützen sie?

Private Agrarinvestitionen sind kein Ersatz für Armutsbekämpfung

Nachdem die Landwirtschaft des Südens über drei Jahrzehnte sträflich vernachlässigt wurde, fließen heute wieder vermehrt private Investitionen in den Agrarsektor. Die Annahme, sie könnten zum Motor der Armutsbekämpfung werden, ist wenig fundiert. Denn es sind keine günstigen Agrarkredite für Kleinbauern, sondern es handelt sich um Anlagekapital auf der Suche nach maximalem Profit.

Der Agrarboom forciert einen Strukturwandel der Landwirtschaft, dem die meisten Entwicklungsländer überhaupt nicht gewachsen sind. In den Industriestaaten konnten Bauern, die während des „Höfesterbens“ in der Nachkriegszeit ihr Einkommen verloren, in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich eine Beschäftigung finden. Diese Alternativen sind im Süden bislang noch nicht ausreichend vorhanden. Die aktuelle Investitionswelle droht diesen Mangel noch zu vergrößern.

Transnationale Unternehmen treiben den übereilten Strukturwandel voran. Sie steigern nicht nur die Nachfrage nach Agrargütern und den Absatz landwirtschaftlicher Inputs, sondern auch ihre Auslandsinvestitionen, die das industrielle Produktionsmodell verbreiten. Nach Angaben der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) erhöhten sich die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen in die Land- und Forstwirtschaft der Entwicklungsländer von jährlich 600 Millionen US-Dollar im Zeitraum 1989-91 auf



Thomas Fritz arbeitet im Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL).

drei Milliarden US-Dollar 2005-07. Entsprechend fließen auch immer mehr Mittel in den Erwerb von Ackerland – ein Trend, den die Nahrungsmittelkrise 2007/2008 noch verstärkte.

Ein besonders folgenreiches Moment des Land Rush ist das erwachende Interesse von Finanzinvestoren, die immer größere Summen nicht nur in den Bodenerwerb, sondern in die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfungskette kanalisieren. Spezialisierte Agrarfonds versprechen ihren Investoren hohe Renditen, meist zwischen 15 und 25

land“ nachlesen. Diese Investitionen würden, so heißt es, „weit weniger Jobs schaffen als häufig erwartet wird“. Die Spanne bewege sich lediglich zwischen 0,01 Jobs pro Hektar (im Fall einer Maisplantage) und 0,35 Jobs pro Hektar (beim Vertragsanbau von Zuckerrohr). Im Blick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen können offenbar weder Plantagen noch Vertragsanbau mit der familiären Landwirtschaft konkurrieren. Für die große Mehrheit der Kleinbauern, die längst in Bergregionen, Überschwemmungs- oder Trockengebiete abgedrängt wurden, bieten sie kaum eine Perspektive.

Foto: Anel Sancho / Brot für die Welt



Sieht in der Ära eines boomenden Agrobusiness ländliche Arbeit so aus wie auf dieser Melonen-Plantage in Guatemala ...

Prozent jährlich. Realisierbar erscheint ihnen dies aufgrund von drei Faktoren: die tendenziell steigenden Agrarpreise, die Aufwertung von Agrarland und die Erzielung von Extradrenditen, im Anlegerjargon auch „Alpha“ genannt. Letztere wollen die Fonds vor allem durch die Anwendung intensivlandwirtschaftlicher Methoden erzielen: Flurbereinigung, HochleistungsSaatgut, Agrarchemie und Mechanisierung. Die hohen Renditeerwartungen beschleunigen folglich den Strukturwandel.

Wie kläglich aber der Beschäftigungseffekt der kommerziellen Agrarinvestitionen ausfällt, lässt sich in dem Weltbank-Bericht über das „wachsende globale Interesse an Farm-

Die Welle privater Investitionen ist kein Ersatz für die langjährige Vernachlässigung der Landwirtschaft. Es handelt sich nicht um günstige Agrarkredite für Marginalisierte, sondern um große Summen von Anlagekapital auf der Suche nach maximalem Profit. Und dieser lässt sich am ehesten über exportorientierte Agrarfabriken und Mechanisierung erzielen, und nicht durch die Beschäftigung möglichst vieler Arbeitskräfte. Wollten Entwicklungsfinanzierer ernsthaft Armut bekämpfen, müssten sie von der Ko-Finanzierung des Agrobusiness zur Unterstützung vernachlässigter Kleinbauern übergehen. Dies wäre solange erforderlich, wie die industrielle Entwicklung keine hinreichenden Erwerbsalternativen schafft.

Verantwortungsvolle Agrarinvestitionen nutzen den Menschen vor Ort

„Spekulative Landjäger“, „neokoloniale Landnahme“, „Milliarden-Monopoly“ – angesichts von Schlagzeilen wie diesen ist es wichtig, sich von Mythen des Land Grabbing zu trennen. Private Investitionen in die Landwirtschaft sind kein neuer Kolonialismus. Und das Entwicklungsproblem ist nicht eine Landnahme, sondern es sind die viel zu geringen Investitionen im Agrarsektor.

Wie groß sind die Flächen, die von dem betroffen sind, was Kritiker „Land Grabbing“ nennen? Die Schätzungen reichen von 2,5 bis 50 Millionen Hektar. Unklar bleibt, ob verkaufte oder verpachtete Flächen gemeint sind oder solche, über die noch verhandelt wird. Viele Projekte bleiben Interessenbekundung; häufig scheitern Investitionen an Rechtsunsicherheit, Korruption, dem Risiko der Verstaatlichung, unzureichender Finanzierung, schlechter Infrastruktur, aber auch an mangelnder lokaler Akzeptanz. Selbst unwahrscheinliche 50 Millionen Hektar wären mit 4 Prozent der in Entwicklungs- und Transformationsländern landwirtschaftlich genutzten Fläche überschaubar.

Intransparent ist auch das Finanzvolumen der kritisierten Aktivitäten. Die in Industrieländern aufgelegten Agrarfonds mit steigendem Anlagevolumen (nach Schätzungen rund 14 Milliarden US-Dollar) investieren überwiegend in den USA, Europa und Australien – sie kennen die Investitionsrisiken in Entwicklungslän-



Dr. Thomas Koch
ist Abteilungsdirektor
„Strategische Projekte“ bei
der DEG, Köln.

... oder wie bei diesen Vertragslandwirten in Ägypten? Sie liefern ihre Bio-Produkte an die Organisation SEKEM, die sie für den Export weiterverarbeitet.



Foto: DEG / SEKEM

dern und insbesondere die im Agrarbereich. Laut UNCTAD machen Investitionen in die Landwirtschaft mit rund 3 Milliarden US-Dollar nicht einmal 2 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern aus. Das Entwicklungsproblem ist daher nicht eine „Landnahme“, sondern die extreme Unter-Investition im Agrarsektor. Eine Ausweitung dieser Investitionen ist dringend notwendig, um die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung zu sichern.

Erfolgreiche Agrarinvestitionen erbringen dringend benötigte Steuereinnahmen zur Stützung staatlicher Infrastruktur. Exporte sorgen für Devisenzuflüsse, die bei chronischen Zahlungsbilanzdefiziten stabilisierend wirken. Zahlreiche Arbeitsplätze sind direkt – bei Einbindung von Outgrower-Programmen auch indirekt – geschaffen worden. Outgrower-Programme sind Programme der Vertragslandwirtschaft, bei der kleinere Produzenten, Agrargenossenschaften und Landeigentümer mit weiterverarbeitenden Agro-Unternehmen einen Liefer- und Abnahmevertrag sowie Vereinbarungen über Beratung, Saatgut, Kredit und Dünger schließen.

2010 brachten beispielsweise die Agro-Unternehmen im Portfolio der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft – rund 630 Millionen Euro Staatseinnahmen und zirka 5,5 Milliarden Euro Netto-Devisen ein; sie sichern nachhaltig über 490.000 Arbeitsplätze. Ferner sind bei kleinbäuerlichen Lieferketten an exportorientierte Agro-Unternehmen positive Struktureffekte sichtbar. Sie zeigt sich etwa bei Investitionen im Gemüseanbau in Peru oder in der Zuckerproduktion in Mexiko, wo Outgrower Zugang zum (Welt-)Markt erhalten.

Jede Investition muss fallspezifisch bewertet werden, um Chancen und Risiken zu beurteilen. Eigentumsrechte sind wichtig – für ausländische Investoren ebenso wie für traditionelle Landnutzer. Umwelt- und Sozialeffekte sind an internationalen Standards zu messen und die Umsetzung ist zu überwachen. Zur Sicherstellung von Win-Win-Ergebnissen ha-

ben FAO/Weltbank „Principles for Responsible Agricultural Investment (RAI)“ als Leitlinien für Investoren erstellt, die unter anderem Fragen der Ernährungssicherung sowie Landentschädigungen beinhalten. So bieten Investitionen in die Landwirtschaft eine bedeutsame Entwicklungschance. Eine Pauschalverurteilung als Landnahme ist nicht berechtigt.

Entwicklungsfinanzierer übernehmen eine wichtige Rolle als Promotor von verantwortungsvollen Agrarinvestitionen. Sie berücksichtigen neben finanziellen Kriterien bei der Kreditentscheidung auch die entwicklungspolitischen Auswirkungen sowie Umwelt- und Sozialaspekte. Dazu gehört etwa die Evaluierung von Arbeitsplatzeffekten. Auch sind die Umwelt- und Sozialstandards, die von Entwicklungsfinanzierern bei der Projektförderung in Entwicklungsländern angewendet werden, in der Regel strenger als die lokal üblichen Standards für Unternehmen und deren Produktionsprozesse. Berücksichtigt wird außerdem die Erfüllung von Nachhaltigkeits-Leitlinien, die von NGOs gemeinsam mit Unternehmensvertretern der gesamten Wertschöpfungskette erarbeitet wurden, beispielsweise im Rahmen der Better-Sugarcane-Initiative, einem Zusammenschluss von Zucker-Händlern, Investoren, Produzenten und NGOs für nachhaltige Zuckerproduktion.

Zwischen Kleinbauern und Agrobusiness muss kein Gegensatz bestehen. Viele Strukturen haben sich etwa in der DEG-Praxis bewährt: Kleinbauer-Lieferanten im Bananensektor in Ecuador, Zuckerrohr-Mühlen mit Outgrower-Lieferungen in Mexiko, Bio-Gewürz-Lieferanten in Ägypten oder Baumwoll-Vertragsbauern-Programme in Afrika belegen die Entwicklungschancen. | |

Was hat Gott mit der Landfrage zu tun?

Gottes Option für die Armen wird bei der Landfrage konkret



Foto: Florian Kopp / Brot für die Welt

Manoel Gaspar dos Santos auf dem ihm zugewiesenen Grund im Camp der Landlosenbewegung „Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra“ (MST) im Mato Grosso, Brasilien.

Bei der Erzählung von Nabots Weinberg fällt auf, dass König und Königin vom „Weinberg“ sprechen, während Nabot von seinem „Erbe“ (hebräisch „nahalah“) spricht. Dem Konzept der „nahalah“ liegt die (idealisierte) Vorstellung zugrunde, dass bei der Besiedlung das Land unter den Sippen und Familien in Israel so aufgeteilt wurde, dass alle so viel Land wie nötig erhielten, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Das Land ist ihre Lebensgrundlage und wird darum nicht wie eine Ware gehandelt. Symbolisch kommt das in der Vorstellung zum Ausdruck, dass Gott der eigentliche Eigentümer des Landes ist: „Denn mein ist das Land“, spricht Gott (Leviticus 25, 23). Während Nabot also von der Unverkäuflichkeit seines Erbteils ausgeht, betrachten Ahab und Isebel „den Weinberg“ als Ware, die man tauschen oder kaufen kann. Sie „arbeiten“ – notfalls eben auch per Landraub und Mord – am Ausbau des Krongutes zu einem Latifundium.

Auf wessen Seite steht Gott in diesem und in anderen Landkonflikten? Was „Gottes vorrangige Option für die Armen“ bedeutet, wird bei der Landfrage sehr konkret: Der Gott, von dem diese biblischen Texte sprechen, ist ein Gott an der Seite derer, deren Rechte und Lebensgrundlagen bedroht oder zerstört werden. Angesichts alter und neuer Landkonflikte von diesem Gott zu sprechen, hieße also, das Recht auf Land der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die das Land zur Ernährung ihrer Familien und damit zum Leben brauchen, unbedingt zu verteidigen gegenüber der profitorientierten Aneignung dieses Landes durch Staaten und Unternehmen. | |



Pfarrer Bernd Kappes
ist Persönlicher Referent des Vorstands Ökumenische Diakonie im Diakonischen Werk der EKD.

| Bernd Kappes

Die Gier der Besitzenden nach Land und noch mehr Land war bereits in biblischer Zeit unstillbar und für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern existenz- und lebensbedrohend. Die biblischen Überlieferungen geben beredtes Zeugnis vom Widerstand der Betroffenen gegen zunehmende Landkonzentration einerseits und Landlosigkeit/Armut andererseits. Und schließlich: Die Landfrage wurde schon damals auch theologisch als eine Frage von Recht und Gerechtigkeit verstanden.

Es ist beeindruckend zu sehen, wie sich die biblischen Texte mit Konflikten um Zugang zu, Besitz von und Kontrolle über Land auseinandersetzen. Das soziale Problem, dass freie Bäuerinnen und Bauern ihr Land an Mächtigere verlieren, hat an verschiedenen Stellen Eingang vor allem in die Bücher des Alten Testaments gefunden. Faszinierend ist aber vor allem auch, wie dieses politische Thema mit Gott in Verbindung gebracht wird. Denn in den biblischen Texten wird das soziale und politische Problem der Landkonflikte durchgängig auch theologisch reflektiert. Was hat Gott mit der Landfrage zu tun? Die alttestamentlichen Texte geben eine klare Antwort: Gott hat den bäuerlichen Familien

Land gegeben, damit sie auf dem Land arbeiten und von dem Land leben können.

Besonders anschaulich wird dies in der Geschichte von Nabots Weinberg (1. Könige 21): Nabot hat einen Weinberg. König Ahab redet mit Nabot: „Gib mir deinen Weinberg. Ich will mir einen Kohlgarten daraus machen, weil er so nahe an meinem Hause liegt.“ Der König hat Interesse an Nabots Land – immerhin, um ebenfalls Nahrungsmittel anzubauen und immerhin auch mit dem Angebot, Nabot dafür ein anderes Stück Land oder Geld zu geben. Doch Nabot lehnt ab: „Das lasse Gott fern von mir sein, dass ich dir meiner Väter Erbe geben sollte!“ Isebel, die Frau des Königs, weist „die Ältesten und Oberen“ an, zwei falsche Zeugen zu suchen, die Nabot der Gotteslästerung anklagen. Und so wird Nabot angeklagt, vor die Stadt geführt und gesteinigt.

Nabot, der Bauer, wird aus dem Weg geräumt. Der König eignet sich sein Land an. Entscheidend für die politische Ethik dieses Textes ist, dass Gott umgehend den Propheten Elia beauftragt, das Geschehene als Unrecht anzuprangern: „Du hast gemordet, dazu auch fremdes Erbe geraubt.“ Neben Mord lautet die Anklage also: Landraub!

Die Spirale der Gewalt

Investitionen in Land erhöhen das Konfliktpotential

| Caroline Kruckow

Land ist eine Konfliktressource, um die Kriege und Bürgerkriege geführt wurden und werden. Ohne eine ausreichende Analyse der lokalen Zusammenhänge, Kräfteverhältnisse und Konfliktodynamiken bergen Investitionen in Land immer große Risiken: Sie können Konflikte schüren, Frieden gefährden sowie gerechte und demokratische Entwicklung verhindern.

Großflächige Landnahmen durch ausländische Investoren führen nicht selten zu Unfrieden und Gewalt. So hat ein Investitionsvorhaben des koreanischen Konzerns Daewoo in Madagaskar einen Regierungsumsturz nach sich gezogen. Landaufkäufe durch die Regierung von Katar haben in Kenia in dem fruchtbaren Tana-Delta Aufstände der betroffenen Bevölkerung mit Toten und Verletzten ausgelöst und zu einer nachhaltig angespannten Lage in der Region geführt.

Warum erhöhen Investitionen in Land das Konflikteskalationspotential? Land ist ein besonders sensibles Gut, um das es schon immer Konflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen gegeben hat. In den meisten Entwicklungsländern stellt Land die Lebensgrundlage für verschiedene Bevölkerungs- und Nutzergruppen dar. Wird es ihnen genommen, ist ihre Existenz bedroht. Selbst wenn sie eine Entschädigung erhalten, reicht diese oft nicht aus, um eine neue Existenz aufzubauen. Die Betroffenen wehren sich also gegen das, was sie als „Landraub“ empfinden. Häufig wird dann mit Gewalt durchgesetzt, was Regierung und Investor ausgehandelt haben. Aus der Bevölkerung, die bisher auf diesem Stück Land gelebt oder es genutzt hat, werden nur wenige als Arbeitskräfte gebraucht, und das zumeist auch nur saisonal. Die übrigen werden in andere Regionen oder urbane Gebiete verdrängt. Auch dort ist fruchtbares Land mit ausreichend Wasserversorgung unter Umständen äußerst knapp. Die Neuankömmlinge geraten gemeinsam mit der dort ansässigen Bevölkerung in Bedrängnis und Not: Ernährungsengpässe verschärfen sich, Konflikte und Spannungen nehmen zu und eskalieren.

In vielen Fällen haben unterschiedliche Nutzerinteressen an derselben Fläche, zumeist auch in Verbindung mit Wasser, zu gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt. Klassisch sind die Konflikte zwischen Weidennutzung und Feldwirtschaft, die in blutigen Kämpfen zwischen Viehhirten und sesshaften Bauern ausgetragen werden und nicht selten zu permanenten und immer wieder aufflammenden Rivalitäten zwischen diesen Gruppen führen. In anderen Fällen ist ein Ausgleich und ein gewaltfreies Nebeneinander mühevoll erreicht worden, aber die Situation bleibt instabil. Jede Umverteilung oder auch kleinere Intervention kann das Gleichgewicht aus der Balance bringen und neuen Unfrieden stiften. Die Machthaber verkaufen das Land nicht selten ohne Rücksicht auf die Geschichte der Konflikte. In diesen Gegenden ist also das Risiko hoch, dass großflächige Landkäufe durch Dritte die Konkurrenz um die knapper werdenden Ressourcen erhöhen und alte Rivalitäten neu entfachen.

Land hat nicht nur einen ökonomischen, sondern auch einen soziokulturellen Wert. Für viele Bevölkerungsgruppen und indigene Völker ist es eng mit der eigenen Tradition, der religiösen und kulturellen Identität und der gesellschaftlichen Stellung verbunden. Eine Veräußerung ist traditionell nicht vorgesehen. In vielen Ländern sind von Enteignungen, Umsiedlungen und Vertreibungen vor allem Arme, Frauen, Indigene und andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen betroffen. Der Verlust des angestammten Landes bedeutet

gleichzeitig auch einen Verlust der eigenen Identität und Würde.

Hinzu kommt, dass in vielen Ländern unterschiedliche Rechtsverständnisse nebeneinander existieren. Häufig wird Land als Gemeingut angesehen, das der Gemeinschaft zur Nutzung zur Verfügung steht. Traditionell wird die Verteilung dann über das Oberhaupt der Gemeinschaft geregelt und das Gewohnheitsrecht über Generationen hat einen hohen Stellenwert. Dem steht das Verständnis des individuellen Eigentums oder Besitzrechtes an Land gegenüber, welches über den Erwerb von Landtiteln gesichert wird. Als drittes Konzept wird in manchen Ländern Land als Staatseigentum betrachtet und nur über staatliche Stellen verwaltet. Dort, wo sich diese unterschiedlichen Verständnisse parallel entwickeln, entstehen Konflikte, die mit Hilfe des Rechts lösbar erscheinen, es aber nicht sind. Es gibt weder ein gemeinsames Rechtsverständnis noch eine darauf basierende gemeinsame Umsetzung des Rechts und so bleiben verdeckte Konfliktlinien bestehen. Vor diesem Hintergrund verschärfen Investitionen in Land durch Dritte diese bestehenden Gegensätze oder lassen neue entstehen.

In Ländern mit korrupten Regierungen oder politischen Eliten nähren Investitionen in Land die Korruptionsneigung und führen zur Sicherung autoritärer Machtstrukturen. Der Profit aus dem Landverkauf wandert in die Taschen dieser korrupten Eliten; Machtun-

Foto: Jörg Bethling / Brot für die Welt



Adivasi – indische Ureinwohner – in Chhota Guntia. Das Dorf hat sich gegen Landnahme durch multinationale Konzerne gewehrt.

gleichgewichte verschärfen sich. Benachteiligte und Arme werden in diesen Systemen vom Zugang zu rechtlichen Verfahren ausgeschlossen, die Umsetzung von Rechtstiteln wird systematisch verhindert.

Auf Gerechtigkeit ausgerichtete Schlichtungsmechanismen existieren nicht und Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung sind nicht eingeübt oder werden missachtet. Insofern scheint für die Betroffenen häufig der gewaltsame Protest als einziger Ausweg, der seinerseits wieder mit staatlicher Gewalt beantwortet wird. Die Spirale der Gewaltanwendung ist in Gang gesetzt, ungerechte Verhältnisse und anhaltender Unfrieden sind die Folge.

Besonders brisant sind Investitionen in Land in Nachkriegssituationen oder in Ländern, in denen kein stabiler Frieden herrscht. Entgegen der allgemeinen Vorstellung, dass Investitionen nur in sicherem Umfeld getätigt werden können, zeigen Untersuchungen, dass weltweit besonders auch in Krisenländern, Ländern fragiler Staatlichkeit und mit ungeklärten Landrechtsstrukturen investiert wird. So ist beispielsweise der Sudan eins der beliebtesten Zielländer für Investoren aus den Golfstaaten. Der zu erwartende Spekulationsgewinn scheint dazu zu verführen, besonders in Ländern, die unter Gewalt, Vertreibung und Krieg gelitten haben und noch leiden, in zunehmend wertvoller werdendes Land zu investieren. Dabei spielen Bodenschätze eine Rolle. Aber auch die Nahrungsmittel- und Agrartreibstoff-Produktion sowie lukrative Tourismus-Projekte bieten Anreize für den Kauf von Land auch in Krisengebieten. Die jeweiligen Umstände müssen genau analysiert werden, um nachhaltige Ansätze zu finden, die keine Schäden anrichten und nicht zu erneutem Ausbruch von Gewalt beitragen. | |



Caroline Kruckow leitet die Arbeitsstelle Friedensentwicklung des Evangelischen Entwicklungsdienstes.

Vermessen

Die Landpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit

| Roman Herre

Der Zusammenbruch des Ostblocks stellt auch für die Landpolitik in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit eine Zäsur dar. Im Kalten Krieg hatten die westlichen Entwicklungsschwergewichte wie USA und Weltbank noch aus Furcht vor einem kommunistischen Flächenbrand selbst umverteilende Agrarreformen durchgesetzt. Doch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs änderte sich ihre Politik schlagartig.

wird. Der freie Verkauf und die Verpachtung von Land würden parallel dazu führen, dass Land an den effizientesten Nutzer gelangt.

| **Die Rolle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit**

Die deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit hielt sich bis etwa Mitte der 1990er Jahre gänzlich aus der Landpolitik heraus. Zwar hat sie während des Kalten Krieges immer wieder eine Lanze gebrochen für eine gerechte Verteilung von Land und umverteilende Agrarreformen. Dies waren

Foto: Florian Kopp / Brot für die Welt



Die neue Landpolitik legt zum einen den Schwerpunkt auf Privatisierung von Land. Ziel sind vor allem Staatsland und gemeinschaftlich genutztes Land, wie das Ejido in Mexiko. Zum anderen wird der Aufbau von Land- und Landpachtmärkten einseitig, fast schon aggressiv, gefördert. Regulierungen und Restriktionen bei Landtransfers werden dabei als entwicklungshemmende Tabus abgeschafft. Hinter dieser Politik steht die Annahme, dass ein Besitztitel bei der Bank als Sicherheit für einen Kredit genutzt werden kann und damit in das Land investiert

Kampf um Landrechte im Argentinien. Eine Vertreterin der NGO ASOCIANA geht mit Bauern Unterlagen durch, die sie benötigen, um ihren Anspruch auf Land juristisch geltend zu machen.

aber nur Lippenbekenntnisse, eine konkrete Unterstützung von Agrarreformen wurde in keinem Land geleistet. Mitte der 1990er Jahre stieg die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dann relativ umfassend in die Landpolitik ein und unterstützte dort bilateral etwa 20 Partnerländer. Anstatt jedoch einen klaren Fokus auf armutsreduzierende Elemente wie die Unterstützung für die Um-

Kambodscha – „Hot Spot“ des Land Grabbing

verteilung von Land oder die Sicherung von Landrechten der Armutgruppen zu legen, unterstützte sie die neue Politik der Weltbank. In 9 von 17 Ländern, in denen das Entwicklungsministerium zwischen 2000 und 2007 Projekte im Landsektor durchführte, hatte die Weltbank eine Schlüsselrolle inne. In 13 der 17 Länder lag der Schwerpunkt der Unterstützung auf administrativen und deregulierenden, vermeintlich apolitischen Bereichen (beispielsweise Landtitelvergabe oder Aufbau eines Katasterwesens).

Diese Unterstützung im Fahrwasser der Weltbank ist auch deswegen kritisch zu hinterfragen, weil die Weltbank durch Politikberatung und konkrete Projekte seit Jahren aktiv ausländische Investoren beim Landerwerb unterstützt. So spielt beispielsweise in ihrem Projekt „Landmärkte für Investitionen“ explizit nur die rechtliche Absicherung des ausländischen Landinvestors eine Rolle. Und auf Land, das traditionell genutzt wird, soll sich ihrer Ansicht nach eine Agrarindustrie entwickeln.

| **Besitztitel oder traditionelle Nutzungsrechte?**

Viele Entwicklungsexperten begründen die von ihnen forcierte Umstellung von traditionellen Nutzungsrechten auf private Landtitel auch damit, dass so ein hoher rechtlicher Schutz gegen Landverlust gegeben ist. Übersehen wird dabei jedoch, dass der Landbesitz damit einzig an wirtschaftlichen Erfolg gekoppelt wird. Eine schlechte Ernte oder ein Krankheitsfall führen gerade bei Kleinbauern schnell zum Notverkauf des Ackers. In vielen Ländern des Südens wirkt der private Landtitel wie ein Magnet auf Investoren, da sie damit eine hohe rechtliche Sicherheit haben, und leitet so einen Verdrängungsprozess gerade der ärmsten Bevölkerungsgruppen ein. Auch Oliver de Schutter, Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung bei den Vereinten Nationen, verweist darauf, dass „Besitzsicherheit in der Tat entscheidend ist, individuelle Titel und der Aufbau von Landmärkten jedoch oft nicht der beste Weg sind, dies zu erreichen“.

Rund drei Millionen Hektar Land wurden in Kambodscha in den letzten Jahren an Investoren verteilt. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt indes in Kambodscha die Vergabe von Landtiteln an die lokale Bevölkerung und hat bis dato zur Verteilung von über einer Million Titeln beigetragen.

Das hört sich erst einmal gut an. Problematisch ist jedoch, dass die zuständigen Ministerien bis heute keine Titel an indigene Gemeinschaften vergeben haben und sie Flächen, die im Visier von Investoren sind, regelmäßig aus der Titelvergabe ausschließen.

Durch die Titelvergabe werden außerdem existierende Landrechte (in Kambodscha heißen diese possession rights) geschwächt. So hilft im Falle von Landkonflikten mit Investoren ein Verweis auf diese Rechte im Zweifel wenig. Wenn nun gerade die von Landraub betroffenen Gruppen keine Landtitel bekommen, muss ein solcher Ansatz kritisch hinterfragt werden. Das Entwicklungsministerium müsste daher die Auswirkungen der geförderten Programme umgehend einer menschenrechtlichen Bewertung unterziehen.

Traditionelle Landnutzungsrechte sind im Kontext des Land Grabbing verstärkt in die Kritik geraten. Sie sind in der Tat oft schwer einklagbar und kaum schriftlich fixiert. Aber die Schlussfolgerung (beispielsweise der deutschen Landpolitik in Ghana), traditionelle Rechtssysteme in ein modernes westliches Landbesitzsystem umzuwandeln, leitet sich daraus nicht direkt ab. Die nächstliegende Lösung wäre doch, traditionelle Rechtssysteme zu verbessern und zu stärken (wie beispielsweise die possession rights in Kambodscha) – und diese Systeme so an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Dies könnte bedeuten, die Mitbestimmung aller Landnutzer zu verbessern oder diese Rechte stärker im Gesetz zu verankern.

Landpolitik ist ein komplexes und politisch hoch sensibles Thema. Die deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit sollte nicht zuletzt deswegen die Menschenrechte als Eckpfeiler in ihrer Landpolitik verankern. Zwar verweist sie in ihrer neuen Strategie zur ländlichen Entwicklung sehr allgemein auf das Recht auf Nahrung. Sie versäumt es aber, die Zusammenhänge zwischen dem Recht auf Nahrung und der eigenen Landpolitik hervorzuheben. Dieser Bezug fehlt dann auch gänzlich in der Projektarbeit.

Vor dem Hintergrund des beschleunigten Ausverkaufes von Land muss die Entwicklungszusammenarbeit verstärkt die Beschränkung von Landtransaktionen als Teil einer Landpolitik für die Armut- und Hungergruppen mitdenken. Beispiele aus Brasilien zeigen, dass dies oft der einzige Schutz gegen mächtige Interessen ist.

Die Bundesregierung könnte so einen entscheidenden Beitrag zum Schutz ländlicher Gruppen vor Landraub leisten. Aus menschenrechtlicher Perspektive muss dabei immer die Frage im Mittelpunkt stehen, wie langfristig eine sozial verträgliche und gerechte Verteilung von Land gesichert bzw. umgesetzt werden kann. Menschenrechtsbasierte Agrarreformen – und damit sind wir wieder am Anfang des Artikels – müssen dabei endlich einen Platz in der deutschen Förderpolitik haben. | |

Literatur

Saturnino M. Borras Jr.: *Underlying Assumptions, Theory, and Practice of Neoliberal Land Policies*. 2005
 Roman Herre: *Germany's Official Development Assistance in Land Policies*. 2009
 Oakland Institute: *(Mis)Investment*. 2009



Roman Herre
ist Agrarreferent bei FIAN
Deutschland.

Empowerment statt Land Grabbing

Frauen in ländlichen Gebieten brauchen eine Investitionspolitik, die ihnen nützt – und bei der sie mitentscheiden können

Foto: Tatiana Cardeal



Frauen aus der Landlosenbewegung protestieren in São Paulo, Brasilien, mit Zuckerrohr in der Hand. Aus der Pflanze wird Agrartreibstoff gewonnen.

sich der Einsatz und die Bewertung der Investitionen auch daran orientieren, ob sie geeignet sind, die Umwelt zu schützen. Das schließt die Erhaltung der Artenvielfalt wie auch des von den Frauen auf dem Land tradierten Erfahrungswissens ein.

Schon seit einigen Jahren fordern viele Organisationen der Zivilgesellschaft, und unter ihnen auch Frauenverbände, für solche Investitionen verbindliche Regeln anstelle freiwilliger Vereinbarungen. Auch wenn sie von vielen Regierungen und den großen Unternehmen nicht gutgeheißen werden, könnten solche Regeln wesentlich dazu beitragen, dass Menschenrechte und Umweltschutz im Rahmen der Investitionsplanung berücksichtigt werden.

| Wie sollten Investitionen in die Landwirtschaft beschaffen sein?

Für die Frauen, die in vielen Regionen in erster Linie für die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungssicherheit zuständig sind, müssen politische Versprechen auch praktische Folgen haben. Außerdem müssen große und kleine Investitionen in ein umfassendes Entwicklungskonzept integriert werden, das sowohl ihre Landrechte und sozialen Belange absichert als auch die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion und der Wassernutzung. Andernfalls kommen auf die Frauen, die von der Diskriminierung ihres Geschlechts ohnehin bereits in vielfältiger Weise betroffen sind, noch weitere Benachteiligungen zu.

So haben Frauen überall deutlich weniger Verfügungsmöglichkeiten über Land und Ressourcen als Männer, obwohl sie die Feldarbeit verrichten und Lebensmittel produzieren, nicht selten auch auf wenig ergebnisreichen Böden. Das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau bekennt sich in Artikel 14 zu den Rech-

| Alexandra Spieldoch

Investitionen in Land müssen in ein umfassendes Entwicklungskonzept integriert sein, andernfalls wird sich die Benachteiligung von Frauen noch verschärfen. Um den Ausverkauf ihres Landes zu verhindern und eine vernünftige Investitionspolitik durchzusetzen, müssen Frauen in die Lage versetzt werden, ihre Ressourcen gemeinsam zu verteidigen und eine starke Verhandlungsposition aufzubauen.

Landerwerb in großem Umfang wird als der richtige Weg propagiert, wie in Zeiten, in denen die Märkte instabil und die Ressourcen knapp werden, die Lebensmittelproduktion und die landwirtschaftliche Entwicklung sichergestellt werden können. Viele dieser Deals finden jedoch statt, ohne dass Informationen darüber publik gemacht werden und ohne dass diejenigen, die am direktesten von ihnen betroffen sind, Einfluss auf sie nehmen können. Häufig führen sie dazu, dass die von – teils auf die Kolonialzeit zurückgehenden – politischen und geschlechtsspezifischen Benachteiligungen geprägte Landverteilung, die seit jeher gesellschaftliche Konflikte produziert, noch ungerechter wird.

Selbstverständlich muss in die Landwirtschaft investiert werden. Doch sollten alle landwirtschaftlichen Investitionen im Inland wie im Ausland dem Recht auf Nahrung verpflichtet sein, nach dem die Belange der Schwächsten an erster Stelle stehen müssen, und das sind die Frauen und die Armen in den ländlichen Regionen. Außerdem sollten

ten der Frauen einschließlich ihrer Landrechte und ihres Anspruchs auf Landbesitz. Doch halten sich bisher sehr wenige Regierungen daran, obwohl die meisten es unterzeichnet haben. Selbst in den Ausnahmefällen, in denen den Frauen Landrechte zugestanden wurden, können sie diese oft nicht durchsetzen, weil ihnen die erforderlichen Unterlagen fehlen und ihnen niemand zu ihrem Recht verhilft. Dies ist zum Beispiel in Brasilien ein Problem; dort garantiert die Verfassung zwar die Landrechte der Frauen, doch sind die armen Frauen in den ländlichen Gebieten oft Analphabetinnen und haben nicht die notwendigen Papiere. Sie sind insgesamt benachteiligt und müssen gravierende Hindernisse überwinden, wenn sie zu ihrem Recht kommen wollen. Um so leichter ist es, Frauen von ihrem Land zu vertreiben.

Entwicklungspolitisch sinnvolle Investitionen müssen also Frauen helfen, ihren Anspruch auf Land durchzusetzen. Außerdem muss für nachhaltigen Wasserverbrauch in der Landwirtschaft Sorge getragen werden. Denn die Mehrzahl der Frauen arbeitet nicht auf bewässerten Feldern, sondern betreibt Regenfeldbau und leistet damit den größten Beitrag zur weltweiten Lebensmittelproduktion. Die Wasserexpertin Shiney Varghese schreibt in diesem Zusammenhang: „Gender-Fragen müssen bei der Planung der Infrastruktur für die Wasserversorgung in den Mittelpunkt gestellt werden; es muss berücksichtigt werden, dass sie in der Wassernutzung eine wichtige Rolle spielen, und die betroffenen Frauen müssen ihre Belange äußern können. ... Wenn man die Effizienz des Wasserverbrauchs analysiert und geschlechtsspezifische Unterschiede dabei berücksichtigt, wird man zum Beispiel feststellen, dass Frauen dasselbe Wasser häufig mehrfach nutzen.“

Und schließlich muss bei Investitionen in die Landwirtschaft auch in soziale Dienstleistung

Investitionen sind sinnvoll, wenn sie dazu beitragen, dass Bäuerinnen ihren Anspruch auf Land, Kredite, arbeitssparende Technologien und andere Ressourcen besser durchsetzen können.

gen wie Gesundheitsversorgung, Bildungsinstitutionen und Kinderbetreuung investiert werden, die den Müttern und ihren Familien zugutekommen. Das ist besonders deshalb wichtig, weil es in den ländlichen Gegenden immer mehr Familien ohne Väter gibt.

In einem in der Zeitschrift „Gender and Development“ kürzlich erschienenen Artikel über die Auswirkungen der Agrarindustrie auf Kleinbäuerinnen fordert Nidhi Tandon, dass die Frauen mehr Gehör finden und als Autoritäten anerkannt werden müssen. Sie schreibt: „Die Frauen wollen besser informiert werden, und sie wollen, dass ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre Ideen gewürdigt und für Veränderungen genutzt werden. Die ‚Kultur des Schweigens‘, die verlangt, dass Frauen die Entscheidungen der männlichen Familienoberhäupter und der Politiker akzeptieren, selbst wenn sie sich für sie selbst negativ auswirken könnten, wird umso schwächer werden, je mehr die Frauen ihre eigenen Netzwerke schaffen.“

Frauen verdienen Unterstützung, wenn sie sich gegen den Ausverkauf ihres Landes und ihrer Wälder zur Wehr setzen; sie müssten in die Lage versetzt werden, ihre Ressourcen gemeinsam zu verteidigen und eine starke Verhandlungsposition aufzubauen, um eine vernünftige Investitionspolitik durchzusetzen. Vertreterinnen von Frauenorganisationen müssten bei der Planung und Durchführung von Investitionen eine zentrale Rolle spielen.

Neriede Segala Coelho, eine Bauernführerin aus Brasilien, sagt dazu: „So lange von den Frauen Unterwürfigkeit erwartet wird und sie sich damit begnügen müssen, Wohltaten entgegenzunehmen, fehlt der Landwirtschaft etwas Wichtiges. ... Wenn Frauen mit am Verhandlungstisch sitzen, nehmen die Verhandlungen einen anderen Verlauf.“

Nationale Entwicklungsprogramme und Maßnahmen zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit müssen der Tatsache Rech-

nung tragen, dass Frauen Agrarprodukte erzeugen, landwirtschaftliche Betriebe führen und die natürlichen Ressourcen managen. Das betonen Frauen aus ländlichen Regionen schon lange. Außerdem fordern sie die Erhebung von Daten, die ihre Arbeitsleistung im Agrarsektor (darunter auch den Beitrag der Frauen, die neben anderen Tätigkeiten zusätzlich Landwirtschaft betreiben) und in der Schattenwirtschaft nachweisen. Sie befürworten Investitionen, sofern sie den Bäuerinnen und Bauern nützen und dazu beitragen, dass sie ihren Anspruch auf Land, Kredite, arbeitssparenden Technologien und andere Ressourcen besser durchsetzen können. Sie geben komplex angelegten Programmen den Vorzug, die auf ihre Rolle in der Produktion und in der Reproduktion, ihre ethnische Identität und ihr tradiertes Erfahrungswissen Bezug nehmen, ebenso wie auf ihre Tätigkeiten im Feldbau, im Fischfang, in der Viehhaltung und als Unternehmerinnen.

Für die Frauen steht sehr viel auf dem Spiel, und sie haben umfassende und differenzierte Lösungsansätze für Entwicklungsprobleme anzubieten. Regierungen und Investoren sollten ihre Kompetenz nutzen und ihre führende Rolle respektieren, wenn sie Investitionen in die Landwirtschaft planen. | |

Literatur

Varghese, Shiney, Women at the Center of Climate Friendly Agriculture. Institute for Agriculture and Trade Policy, 2005. www.tradeobservatory.org/library.cfm?refID=97668

Tandon, Nidhi, New Agribusiness Investments Mean Wholesale Sell-Out for Women Farmers. Gender and Development, 2010

Übersetzung aus dem Englischen: **Anna Latz**



Alexandra Spieldoch ist Koordinatorin von „Women Organizing for Change in Agriculture and NRM“ (WOCAN), Washington, www.wocan.org.

Zucker für den EU-Markt

Landraub in Kambodscha

| Manfred Hornung

In Kambodscha verletzt der thailändische Zuckerkonzern Khon Kaen Sugar Industry die Menschenrechte der ländlichen Bevölkerung. Der Rohzucker wird in die EU verschifft. Es ist nicht der einzige Fall, bei dem Bauernfamilien wegen des Zuckerrohranbaus gewaltsam von ihrem Land vertrieben wurden.

Am 19. Mai 2006 kamen Arbeiter mit schwerem Räumgerät auf die Felder und begannen alles niederzuwalzen. Sie wurden begleitet von Soldaten und Militärpolizei. Zu diesem Zeitpunkt wussten die Bauernfamilien in Kambodschas südwestlicher Provinz Koh Kong noch nicht, dass ihre Äcker von einem Zuckerkonzern beansprucht wurden. Denn die formalen Verträge und Konzessionsurkunden, die den Landraub in den beiden Distrikten von Botum Sakor und Sre Ambel nachträglich „legalisieren“ sollten, wurden erst Monate später im August 2006 gezeichnet.

Die meisten Familien, die von der Vertreibung betroffen waren, lebten seit dem Ende des Rote-Khmer-Regimes im Jahre 1979 auf und von diesem Land und hatten nach dem geltenden kambodschanischen Landrecht durch die jahrzehntelange Nutzung einen Anspruch darauf erwirkt, der im Wesen einem Eigentumsrecht gleicht. Als sie vor dem Ausbruch der Krise versucht hatten, diese Eigentumsansprüche von staatlicher Stelle festschreiben zu lassen, wurde ihnen von den Behörden beteuert, dass dazu kein Anlass bestünde, da „ihnen niemand das Land wegnehmen wolle“.

Ab September 2006 verschärfte sich die Lage der Kleinbauern weiter. Firmeneigenes Sicherheitspersonal misshandelte Dorfbewohner, die sich gegen den Raub ihres Landes wehrten. Es schreckte dabei auch nicht vor dem Gebrauch von Schusswaffen zurück. So trug eine Frau bei Protesten gegen den Landraub im September 2006 Schussverletzungen am Fuß davon. In den folgenden Monaten berichteten insgesamt 456 Familien von Übergriffen auf ihr Land. 5000 Hektar lebenswichtiger

Anbaufläche gingen dabei insgesamt verloren, mit teilweise dramatischen Konsequenzen.

Versuche der betroffenen Bevölkerung, bei der notorisch korrupten und regierungshörigen Justiz Gehör zu finden, waren ebenso erfolglos wie die zahlreichen Petitionen an zuständige Regierungsbehörden und das Parlament. Die Firmen setzten mit Unterstützung staatlicher Stellen ihre Einschüchterungskampagne ungehindert fort, um so die Herausgabe der Felder zu erzwingen. Im Dezember 2009 leiteten die Firmen kontaminiertes Abwasser aus ihrer Zuckerraffinerie in einen nahegelegenen Fluss. Viele Menschen und Nutztiere erkrankten. Die Verursacher wurden auch in diesem Fall nicht zur Rechenschaft gezogen. Viele Dorfbewohner gaben frustriert und erschöpft den Kampf um ihr Land auf.

Die einseitige Haltung der Gerichte und der staatlichen Stellen erscheint umso fragwürdiger, als schon zu Beginn des Konflikts eine Reihe von Berichten erschienen sind, die umfassend auf die schweren Menschenrechtsverletzungen und willkürlichen Enteignungen in Botum Sakor und Sre Ambel eingingen. So hat das Menschenrechtskommissariat der Vereinten Nationen in Kambodscha schon im Juni 2007 in einem Bericht auf die massive Zerstörung der Felder durch die Firmen und die damit einhergehende Verletzung nationalen und internationalen Rechts hingewiesen.

| Der Zucker-Tycoon und seine Geschäftspartner

Am 2. August 2006 hatten zwei Firmen, „Koh Kong Plantation Company Limited“ und „Koh Kong Sugar Industry Company Limited“, Konzessionsverträge mit dem kambodschanischen Landwirtschaftsministerium gezeichnet. Zweck der Konzessionen war der Anbau und die Verarbeitung von Zuckerrohr. Beide Konzessionen waren jeweils über 9000 Hektar groß und grenzten direkt aneinander. In der Tat bildeten sie eine einheitliche, 19.100 Hektar große Konzession in den beiden Distrikten von Botum Sakor und Sre Ambel in der Provinz Koh Kong.

Foto: ADHOC



Formal vermittelten die Verträge den Eindruck, dass es sich bei beiden Firmen um streng getrennte Rechtsträger handelt. Bei näherem Hinsehen stellte sich jedoch heraus, dass die Inhaberstruktur beider Firmen nahezu identisch ist und beide Firmen die gleiche Büroanschrift teilen. Wesentliche Anteilseigner beider Firmen sind der thailändische Zuckerkonzern Khon Kaen Sugar Industry Public Company Limited (KSL), mit jeweils 50 Prozent, und der kambodschanische Geschäftsmann und Senator der regierenden Kambodschanischen Volkspartei (CPP), Ly Yong Path, mit jeweils 20 Prozent. Derartige Konzessionsverträge mit den entsprechenden Firmenkonstruktionen sind üblich, um das kambodschanische Landrecht zu umgehen, das eine absolute Höchstgrenze von 10.000 Hektar für Konzessionen festlegt.

Senator Ly Yong Path von der CPP hat weitreichende Erfahrungen mit derartigen Umgehungsgeschäften. Im Januar 2008 registrierte er in der Provinz Oddur Meanchey über ein ähnliches Firmengeflecht drei Zuckerrohrkonzessionen mit einer Gesamtgröße von 19.700 Hektar in Kooperation mit dem thailändischen Zuckerkonzern Khon Kaen Sugar Industry Public Company Limited (KSL).

Landvertreibung in der Provinz Oddur Meanchey im Oktober 2009 (Fotos links und rechts).



Foto: ADHOC



verschiedene Finanzprodukte Beteiligungen an dem thailändischen Zuckerkonzern hielt. Als Folge der ARD-Recherche entwickelte sich ein intensiver Austausch zwischen den DWS-Verantwortlichen und der kambodschanischen Zivilgesellschaft zu den Rechtsverletzungen von KSL in Koh Kong. Nach Übersendung umfangreicher Dokumente durch die Anwälte der betroffenen Familien entschloss sich DWS laut Pressemitteilung von Report Mainz vom 4. März 2011, sämtliche Anteile von KSL zu verkaufen. Die Fondsmanager des DWS Global Agribusiness hatten die Aussagen von KSL bezweifelt, dass es sich nicht um illegale Landnahmen handele, sondern lediglich um Schwierigkeiten mit Landrechten.

| Kambodschanischer Zucker – attraktiv dank der EBA-Initiative der EU

Am 10. Juni 2010 verschiffte KSL ein erstes Kontingent von 10.000 Tonnen Zucker aus seiner Raffinerie in Koh Kong in die EU. Die Lieferung ist integraler Bestandteil eines Fünf-Jahres-Vertrags zwischen KSL und dem britischen Zuckerkonzern Tate & Lyle und erfolgte unter der „Everything But Arms“ (EBA)-Initiative der EU. „Everything But Arms“ bedeutet, dass die am wenigsten entwickelten Länder ohne Zölle und Mengenbeschränkungen alle Produkte außer Waffen in die EU exportieren dürfen. Kambodscha konnte von dieser Handelsbegünstigung seit ihrer Einführung im Jahre 2001 profitieren. Zucker als ein politisch sensibles Produkt unterlag jedoch Sonderbestimmungen: Erst ab dem Jahre 2009 galt für ihn das Handelsprivileg in vollem Umfang. Mit dem stufenweisen Abbau der Exporthemmnisse in die EU seit 2001 wurde der kambodschanische Zucker immer attraktiver für ausländische Investoren.

Auf Fragen der Medien erklärten die Geschäftsführer der thailändischen Zuckerkonzerne KSL und Mittr Phol, dass die EBA-Initiative und der Export des Zuckers in die EU eine

zentrale Rolle bei der Planung ihrer Aktivitäten in Kambodscha spielt. Im offiziellen Jahresbericht 2009 von KSL heißt es außerdem, dass der Konzern über seine kambodschanischen Niederlassungen 20.000 Hektar an Konzessionsland in Koh Kong besitzt und dass der dort hergestellte Rohzucker in die EU exportiert wird.

Die EU sieht bisher keinen kausalen Zusammenhang zwischen der EBA-Initiative und den Menschenrechtsverletzungen der Zuckerkonzerne im kambodschanischen Landsektor. In der Tat könnte die Bewertung eines solchen Zusammenhangs erst als Folge einer eigenständigen Untersuchung der EU abschließend getroffen werden.

Bisher verlässt sich die EU auf Zusagen der kambodschanischen Regierung, die Landkonflikte rund um die Zuckerkonzessionen umfassend zu prüfen. Ähnliche Zusagen hat die Regierung der betroffenen Bevölkerung in Koh Kong seit 2006 gegeben, jedoch nie eingehalten. Die Regierung hat bisher noch immer die illegalen Praktiken der Zuckerkonzerne und des CPP-Senators gedeckt. Die EU sollte daher in ihrer Antwort auf die fundierten Vorwürfe nicht hinter die Standards der privatwirtschaftlichen Fondsgesellschaft DWS zurückfallen und umgehend eigenständige Untersuchungen einleiten. | |



Manfred Horning,
Büroleiter der Heinrich Böll-Stiftung in Kambodscha, arbeitete zuvor bei LICADHO, www.licadho-cambodia.org.

Investoren gehen direkt in die Dörfer

In Tansania verdrängen Agrartreibstoff-Unternehmen Kleinbauern von ihrem Boden



Foto: Christof Krackhardt / Brot für die Welt

Zuckerrohrplantage des südafrikanischen Multis „Illovo“. Der Konzern produziert Zucker in sechs afrikanischen Ländern und verarbeitet ihn unter anderem zu Ethanol.

Nach den Richtlinien für den Anbau von Energiepflanzen hat das TIC die Aufgabe, Landflächen zu bewerten und zu vergeben. Es stellt einen Fonds von verfügbaren Anbauflächen zusammen, und die Investoren können sich darum bewerben und für einen bestimmten Zeitraum ein Nutzungsrecht erhalten. Außerdem sehen die Richtlinien zwei weitere Möglichkeiten für den Landerwerb vor: Entweder durch Eigentumsübertragung, indem der Investor einer anderen Firma oder Privatperson Land abkauft; dabei muss jedoch trotzdem das übliche Genehmigungsverfahren für die Produktion von Agrartreibstoffen durchlaufen werden.

Darüber hinaus können die Investoren Land nach dem „Village Land Act“ von 1999 erwerben. Dafür müssen sie zunächst auf Gemeindeebene verhandeln. Anschließend wenden sie sich an die höheren Instanzen bis hinauf ins Landwirtschaftsministerium, und schließlich wird die Umwandlung der Flächen von „Village Land“ (Land, das von den Dörfern verwaltet wird) in allgemein verfügbares Land vom Präsidenten bewilligt. Doch die direkten Verhandlungen mit den Dorfbewohnern geben den Investoren die Möglichkeit, deren Armut und die Tatsache auszunutzen, dass sie ihre gesetzlichen Rechte in Bezug auf das Land und die Ressourcen nicht kennen.

| Unterbewertung des Landes

Der „Village Land Act“ legt eindeutig fest, auf welchem Wege Flächen im Besitz der Dörfer von den Investoren erworben werden können, doch die Dorfbewohner wissen zu wenig darüber. Im Distrikt Kisarawe beispielsweise ging die Firma Sun Biofuels direkt in die Dörfer, offenbar mit der Unterstützung des zuständigen Parlamentsabgeordneten, der sich stark für das Projekt engagiert hat. Im Distrikt Rufiji musste das „Land Use Committee“ feststellen, dass manche Dörfer dem Investor

| Abdallah Ramadhani Mkindi

Die Distrikte Kisarawe und Rufiji liegen in der Küstenregion. Die meisten Menschen hier leben von Ackerbau und Viehhaltung. Doch seit fast einem Jahrzehnt interessieren sich viele Investoren für diese Gegend, vor allem solche, die Energiepflanzen wie Jatropha, Palmöl und Zuckerrohr anbauen wollen.

Die tansanische Regierung nennt vier Gründe, weshalb sie von Erdöl auf Agrarkraftstoffe umsteigen will: Als wichtigstes Ziel gibt sie die Abschwächung des Klimawandels an. Dabei wachsen die Zweifel, ob Agrarkraftstoff tatsächlich dazu beiträgt, den CO₂-Ausstoß zu verringern, und zwar wegen der Auswirkungen der weiträumig veränderten Landnutzung. An zweiter Stelle steht die Energiesicherheit, denn der Import von Erdöl verursacht gewaltige Kosten. Sie werden auf 1,3 bis 1,6 Milliarden US-Dollar pro Jahr geschätzt und verschlingen bis zu 25 Prozent der Deviseneinnahmen. Ferner wird mit Entwicklungsfortschritten in den ländlichen Gebieten gerechnet: Verbunden mit einer gewinnträchtigen

Bodennutzung, sollen die Agrarkraftstoffe den Bauern und Landarbeitern bessere Perspektiven und langfristige Sicherheit bieten. Und schließlich sollen sowohl die ländlichen Regionen als auch der Export von den Verarbeitungsanlagen in der Nähe der Plantagen profitieren.

Die Produktion von Energiepflanzen ist für einheimische und ausländische Investoren gleichermaßen attraktiv. Laut dem „Tanzania Investment Centre“ (TIC) stehen insgesamt etwa 44 Millionen Hektar kultivierbares Land zur Verfügung, von denen derzeit jedoch nur 10,2 Millionen genutzt werden. Die Stichhaltigkeit dieser Zahlen ist allerdings fragwürdig, denn immerhin mussten bereits Anwohner umgesiedelt und Waldflächen gerodet werden. Für 4 Millionen Hektar Land haben sich schon Interessenten gemeldet, doch wurden bisher erst 640.000 Hektar zugeteilt. Das liegt unter anderem daran, dass die Regierung ein Moratorium beschlossen hat, bis ein Programm für die Produktion von Agrarkraftstoffen vorliegt.

fast ihr gesamtes Land überlassen hatten. Andere würden mit den Flächen, die sie aufgeben wollen, den größten Teil ihres eigenen Landes und ihrer natürlichen Ressourcen verlieren. Das Dorf Utunge etwa war bereit, 72 Prozent seines Landes (19.363 von insgesamt 26.865,5 Hektar) der Firma SEKAB BT zur Verfügung zu stellen.

Auch die Einstufung des Landes gibt Anlass zur Besorgnis. Im Distrikt Kisarawe zum Beispiel wurde zwar eine Bewertung der Flächen vorgenommen. Doch sie basierte darauf, ob diese Flächen erschlossen oder mit Bäumen bepflanzt wurden, nicht aber auf ihrem tatsächlichen Wert und wirtschaftlichen Nutzen. Aufgrund der inkorrekten Einstufung und ihrer unzureichenden Kenntnis des aktuellen oder künftigen Werts der Flächen können die Dorfbewohner nicht richtig einschätzen, wie hoch der Verlust ist, der mit dem Verzicht auf ihr Land einhergeht.

Studie zu Landkäufen

Pelum Tanzania (Participatory Ecological Land Use Management, eine Partnerorganisation des EED) arbeitet im Verbund mit 35 Mitgliedsorganisationen und weiteren Partnern an der nachhaltigen Entwicklung in ländlichen Gebieten Tansanias. Sie hat eine Studie zur Aneignung großer Landflächen in den Regionen Morogoro, Iringa und Pwani durchgeführt.

Die Studie mit dem Titel „Land acquisition and accumulation in Tanzania“ beleuchtet die Auswirkungen dieser Landkäufe auf die ländliche Bevölkerung und spricht Empfehlungen aus, wie dem Interesse ausländischer Investoren begegnet werden kann. Sie steht zum Downloaden bereit unter:

www.eed.de/landstudie-tansania

Foto: Christof Krackhardt / Brot für die Welt



| Traditionelle Rechtsansprüche erlöschen

Der größte Teil der Flächen in den Distrikten Bagamoyo, Rufiji, Kilwa and Kisarawe, die schon jetzt den Agrarkraftstoff-Unternehmen gehören oder die sie sich demnächst aneignen wollen, um dort Jatropha, Ölpalmen und Zuckerrohr anzubauen, ist unbesiedeltes Gemeindeland. Das bedeutet, dass die Dorfbewohner dort zwar nicht leben, dass sie das Land aber auf unterschiedliche Weise wirtschaftlich nutzen können, unter anderem für die kommerzielle Produktion von Holzkohle und den Gewinn von Baumaterialien. Wenn die Investoren große Landflächen für ihre Plantagen erwerben, beanspruchen sie das alleinige Besitzrecht, und damit erlöschen de facto die traditionellen Ansprüche auf die Nutzung des Landes.

In manchen Fällen müssen Menschen ihre Dörfer verlassen. So wurden in Kisarawe, Lindi und Kilwa bislang 152, 10 bzw. 13 Personen umgesiedelt. In Kilwa bekamen alle eine Entschädigung, in Kisarawe jedoch beschwerten sich drei Bauern, weil sie leer ausgegangen waren. Im Bezirk Lindi akzeptierten nur vier von den zehn Bauern die Entschädigungssumme; die anderen sechs lehnten sie ab, weil sie ihnen zu niedrig war.

| Ödland ist nicht unproduktiv

Die Regierung behauptet, dass große Landflächen zu wenig genutzt werden und deshalb für die Produktion von Agrarkraftstoffen, und dabei besonders für den Anbau von Jatropha, verfügbar seien. Sie ist dabei, Flächen als „Ödland“ zu registrieren und sie für den kommerziellen Anbau von Energiepflanzen freizugeben. Der Begriff „Ödland“ bezieht sich auf Flächen, die aufgrund ungünstiger Bodenverhältnisse oder klimatischer Bedingungen für den Anbau von Nutzpflanzen teilweise oder gänzlich ungeeignet sind. Die

Jatropha-Nuss. Um das Öl aus dieser Frucht zu gewinnen, baut das britische Unternehmen Sun Biofuels in Tansania Jatropha an.

Vorstellung, Ödland sei unproduktiv und nutzlos, wird als Rechtfertigung benutzt, dass armen und schutzlosen Menschen ihr Land weggenommen wird.

Doch auch wenn solche Flächen nicht für den Anbau von Nahrungsmitteln in großem Umfang geeignet sind, tragen sie doch wesentlich zum Lebensunterhalt der armen einheimischen Bevölkerung bei. Die Menschen bauen dort Getreide wie Hirse, Gerste und Sorghum für den Eigenbedarf an, weiden ihr Vieh, sammeln Baumaterialien und ernten essbare oder medizinisch wertvolle Wildpflanzen. Außerdem ist das Ödland von zentraler Bedeutung für die Lebensweise und den Lebensunterhalt der Hirtenvölker: Es ist Teil ihrer Wanderrouten. Sie brauchen es während der Trockenzeiten als Durchgangsstrecke zu anderen Gebieten und als Weidefläche. Wenn es immer weniger Grasland gibt, kommt es zu Konflikten zwischen Hirten und Bauern.

Die Investoren in Rufiji und Kisarawe haben der dortigen Bevölkerung soziale und wirtschaftliche Unterstützung versprochen: Es soll Arbeitsplätze und höheres Einkommen geben, neue Schulen, neue Straßen und eine verbesserte Gesundheitsversorgung. Doch bleiben all diese Absichtserklärungen vorerst unverbindlich. Außerdem entsprechen die in Aussicht gestellten Zuwendungen in keiner Weise dem Wert der aufgegebenen Landflächen. Mit der richtigen Organisation der Dorfgemeinschaften und mit Hilfe der Regierung könnten die Bauern ihr Land viel sinnvoller nutzen und sich damit auch ein besseres Auskommen sichern. | |

Übersetzung aus dem Englischen: **Anna Latz**



Abdallah Ramadhani Mkindi ist Programmverantwortlicher der nichtstaatlichen Organisation Envirocare in Tansania.



Palmöl wird aus dem Fruchtfleisch von Ölpalmen gewonnen (Fotos rechts). Die Menschen müssen den Palmen weichen, so auch diese afrokolumbianische Familie (Foto oben).



Die Expansion des Ölpalmanbaus

Palmöl aus Kolumbien stillt die Nachfrage in Europa

| Paula Álvarez Roa

Seit den zwei Amtszeiten von Präsident Álvaro Uribe (2002 bis 2010) wird in Kolumbien die Produktion von Agrartreibstoffen wie Biodiesel staatlich stark gefördert. Dies hat zu einer Ausweitung des Ölpalmanbaus geführt. Palmöl ist nicht nur in Produkten wie Speiseöl, Süßigkeiten oder Schuhcreme enthalten, sondern es dient auch der Erzeugung von Energie und der Herstellung von Kraftstoff. Die steigende Nachfrage nach Biodiesel könnte den Palmölanbau weiter antreiben – mit schädlichen Folgen für die kolumbianischen Bauern und die Umwelt.

Mittlerweile liegt Kolumbien bei der Herstellung von Palmöl weltweit auf dem fünften Platz. Laut Fedepalma, dem Nationalen Verband der Ölpalmen-Produzenten, betrug die bepflanzte Fläche, die sich auf 16 Departamentos und 103 Ortschaften aufteilt, im Jahr 2009 etwa 360.000 Hektar. Die Konzentration von Landbesitz ist in Kolumbien die höchste in Lateinamerika. Zudem gibt es vier Millionen Binnenvertriebene. Laut der Menschenrechtsorganisation „Comisión de seguimiento a la Política Pública sobre desplazamiento forzado“ wurden von 6,6 Millionen Hektar Boden Menschen gewaltsam vertrieben, oft von Paramilitärs oder bewaffneten Gruppen im Auftrag von Unternehmen.

Die Regierung erhofft sich, dass bis zum Jahr 2020 sechs Millionen Hektar Boden von Ölpalmen belegt sein werden. Sie betreibt eine Politik der Anreize für Agrarkraftstoffe, die zum Ziel hat, das Angebot im Land zu steigern und es in eine Exportmacht zu verwandeln. Lebensmittelproduzenten hingegen bekommen immer weniger Vergünstigungen.

Die lateinamerikanischen Länder, die Freihandelsverträge mit der Europäischen Union unterschrieben haben, erhalten durch die neuen handelspolitischen Regeln wirtschaftliche Anreize. Sektoren wie der Bergbau oder die Agrarindustrie (Bananen, Zucker, Viehzucht und Palmöl) sind auf die Außenmärkte ausgerichtet und basieren auf einem kapitalintensiven Produktionsmodell sowie der permanenten Ausweitung der Anbauflächen. In diesen Sektoren konzentrieren sich relativ wenige transnationale Unternehmen

Laut dem Erläuterungsbericht zum Freihandelsabkommen mit der EU, den das kolumbianische Ministerium für Handel, Industrie und Tourismus im April 2010 vorgestellt hat, werden die Exporte von Ethanol, Biodiesel und Palmöl künftig zollfrei auf den europäischen Märkten gelangen. Das Abkommen muss noch ratifiziert werden, bevor es in Kraft treten kann.

Zwischen 2005 und 2009 wurde kolumbianisches Öl vorwiegend auf die Märkte der EU und Lateinamerikas exportiert. Der größte Teil des Palmöls geht in die EU, wo Kolumbien ein niedrigerer Zoll als Malaysia und Indonesien eingeräumt wird. Diese Bevorzugung besteht bereits vor dem Inkrafttreten des Freihandelsvertrages mit der EU.

2009 war Deutschland mit 27 Prozent der führende Abnehmer der kolumbianischen Exporte, gefolgt von Mexiko mit 22 Prozent und Großbritannien mit 13 Prozent. Mit dem völligen Wegfall der Einfuhrzölle und der konstanten und steigenden Nachfrage aus

Kampagne „Niemand is(s)t für sich allein“

Der Wettlauf um Land ist in vollem Gange: Oftmals rauben Konzerne großflächig fruchtbare Ackerflächen, um darauf Agrarprodukte für den Export anzubauen und entziehen damit vielen Familien im ländlichen Raum die Lebensgrundlage. Angeheizt wird diese Entwicklung durch den weltweit wachsenden Bedarf an Futtermitteln, als Folge des wachsenden Fleischkonsums, und an Energiepflanzen für die Produktion von Agrartreibstoffen.

Damit sich dieser Energiehunger nicht negativ auf Menschen und Umwelt auswirkt, wurde in Europa eine Nachhaltigkeitsverordnung erlassen. Doch diese Verordnung sei nicht ausreichend, kritisieren Partnerorganisationen von „Brot für die Welt“. Sie müsse die Ernährungssicherheit und die Rechte lokaler Bevölkerungsgruppen berücksichtigen. Die Kampagne „Niemand is(s)t für sich allein“ fordert deshalb die Aufnahme sozialer Kriterien mit einer Postkartenaktion an die Bundesregierung unter dem Motto „Wer will schon Hunger tanken?“.

Kampagnenforderungen, Postkartenaktion und Aktionsideen: www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung.

Europa – unter anderem durch die Beimischung von Agrartreibstoff zu Benzin und Diesel – werden die Palmöl-Produktion und die Anzahl der Landflächen, die mit Ölpalmen belegt sind, weiter zunehmen.

Die Entwicklung des industriellen Palmölanbaus und die Ausweitung der Flächen finden unter anderem in sogenannten Produktiven Allianzen statt: Die Bauern bringen ihr Grundstück und ihre Arbeitskraft mit ein, während der private Investor für Kredite zur Finanzierung des Projektes sorgt. Da Kredite und weitere Hilfen an den Palmanbau geknüpft werden, gibt es zunehmend mehr Druck, dass die Bauern sich auf diesem Weg dazu verpflichten, Ölpalmen anzubauen. Eine freie Entscheidung darüber, was sie aussäen wollen, gibt es nicht. Sowohl die Ernährungssicherheit und -autonomie als auch die bäuerliche Kultur sind in Gefahr. Zudem werden die Bauern in den Zustand von Arbeitern versetzt, die auf ihrem eigenen Land für die großen Unternehmen arbeiten.

Auch mit Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen wird die Agrarindustrie in Verbindung gebracht: mit Vertreibungen, Besetzungen oder widerrechtlicher Verwendung von Land. In Tumaco an der Grenze zu Ecuador berichten Gemeinden, die vom Palmanbau betroffen sind, dass Unternehmen Einschüchterungstaktiken anwenden, damit Afrokolumbianer ihnen ihre Territorien überlassen. Eine Taktik ist es, bewaffnete Personen auf die Territorien zu schicken und die Anführer der Gemeinschaft zu bedrohen, indem sie sagen: „Entweder ihr verkauft das Land oder wir verhandeln mit den Witwen.“ Eine andere besteht darin, den Besitzern vorzuschlagen, an Unternehmen zu verkaufen oder zu verpachten. Diese kontrollieren dann zunächst den Anbau und üben anschließend Druck auf die Besitzer aus, damit sie ihr Land verlassen. Außerdem werden Bauernführer bedroht oder eingeschüchtert, um sie ruhig zu stellen.

Unternehmen der Agrarindustrie wenden Einschüchterungstechniken an, damit Afrokolumbianer ihnen ihr Land für den Palmanbau überlassen.

Mittlerweile wird auch versucht, einzelne Mitglieder der Kommunitären Räte in afrokolumbianischen Gemeinden, die keine alternativen Entscheidungsmöglichkeiten haben, dazu zu bringen, Palmen

anzubauen. Kommunitäre Räte sind eine Organisationsform, die laut Gesetz notwendig ist, um kollektive Landtitel zu erhalten und Land in einer Gemeinde gemeinschaftlich zu verwalten. Im März 2006 wurden zwei Palmunternehmen von der Generalstaatsanwaltschaft wegen der „in böser Absicht“ erfolgten Besetzung von Territorien verurteilt. Palmeiras S.A. und Palmas Oleaginosas Salamanca hatten illegal 800 Hektar besetzt, die seit 1997 dem Kommunitären Rat von Alto Mira y Frontera gehörten.

Die Palmöl-Monokultur hat zudem starke Auswirkungen auf die Umwelt. Die Plantagen sind in ökologisch hoch sensible Gebiete expandiert, wie etwa in Feucht- und Sumpfbereiche, die trockengelegt wurden, um zusätzliche Anbauflächen zu gewinnen. Hinzu kommt die Transformation der Landschaft, Entwaldung und Zerstörung von Ökosystemen, nicht nur weil der Anbau ständig ausgeweitet wird, sondern auch, weil die Entwicklung der Palmölindustrie den Bau von Straßen, Häfen und anderen Infrastrukturprojekten mit sich bringt. Natürlich wirkt sich die Monokultur auf die Ernährungssicherheit und -autonomie aus, da Ackerflächen, die wichtig für die Lebensmittelproduktion waren, nun für die Herstellung von Agrartreibstoffen genutzt werden. Die Importe von Lebensmitteln sind infolgedessen angestiegen – von 5 Millionen Tonnen im Jahr 2002 auf 13 Millionen Tonnen im Jahr 2009. | |

Übersetzung aus dem Spanischen: **Tobias Lambert**



Paula Álvarez Roa
ist Politologin in Kolumbien, Forschungsgebiete: Umwelt und ländlicher Raum.

Unternehmensverantwortung bei Landvergaben

Dialog mit Addax Bioenergy

Foto: Yvan Maillard Ardenti



Bauarbeiten für ein Bewässerungssystem auf dem von Addax gepachteten Land in Sierra Leone.

sie schadenersatzpflichtig. Dies sei für ein bitterarmes Land wie Sierra Leone unzumutbar. Zudem werde Addax für zehn Jahre von Gewinn- und sonstigen Steuern befreit.

Zwei lokale Angestellte, die Addax aus Sierra Leone mitgebracht hatte, verteidigten ihr Unternehmen und unterstrichen das Entwicklungspotential für die Region. Addax erwartet bei diesem Projekt einen jährlichen Gewinn von 43 Millionen US-Dollar. Profitieren werden auch die Regierung (sie erhält ein Zehntel der gesamten Pachtsumme), die regionalen Räte und die Dorf-Chefs. Die Bauern werden etwa 110.000 US-Dollar pro Jahr für die 14.000 Hektar gepachtetes Land erhalten. Diese Entschädigung wird sich auf rund 14.000 Menschen verteilen.

Das Symposium brachte keine Einigung, sondern ein Aufeinanderprallen von unterschiedlichen Auffassungen. Im Anschluss daran hat Brot für alle zusammen mit seinen deutschen Partnern Evangelischer Entwicklungsdienst und „Brot für die Welt“ beschlossen, eine Langzeitstudie über den Fall zu veranlassen, um präzise und neutrale Einschätzungen über die Lage sowie Vorschläge zur Lösung des Konfliktes zu erhalten. | |

Link zu den Addax-Verträgen: <http://farmlandgrab.org/post/view/18025>.



Nuria Brunner

war bei Brot für alle für die Themen „Recht auf Nahrung“ und „Ernährungssicherheit“ zuständig.



Yvan Maillard Ardenti

ist bei Brot für alle für die Themen „Faire Finanzen“ und „Korruptionsbekämpfung“ zuständig.

| Nuria Brunner, Yvan Maillard Ardenti

Mit der Verantwortung von Unternehmen bei internationalen Landvergaben befasste sich im Oktober 2010 in Genf ein Symposium. Auf Einladung von Brot für alle, Fastenopfer und Cotmec war das Genfer Unternehmen Addax Bioenergy zu Gast, das in Sierra Leone 14.000 Hektar Land für einen Zeitraum von 50 Jahren gepachtet hat. Es baut dort Zuckerrohr für die Ethanol-Gewinnung an. Ferner waren Vertreter der sierra-leonischen NGO SiLNORF (Sierra Leone Network on the Right to Food) sowie des sierra-leonischen Kirchenrates und ein unabhängiger Menschenrechtsanwalt eingeladen.

Der Fall Addax ist umstritten, das zeigte sich bei dem Symposium deutlich. Der Geschäftsführer der Addax Bioenergy, Nikolai Germann, sieht das Projekt im Einklang mit internationalem und sierra-leonischem Recht. Er betonte, die Bevölkerung sei in die Verhandlungen einbezogen gewesen. Die Entscheidung zur Verpachtung der Ländereien sei freiwillig erfolgt und ortsüblich über die Dorf-Chefs verlaufen. Addax schaffe damit 2000 feste Arbeitsplätze für die Bauern und bringe Entwicklung in eines der ärmsten Länder Afrikas.

Mohamed Conteh, der Präsident des sierra-leonischen Netzwerks für das Recht auf

Nahrung, warf Addax dagegen vor, der Konzern bezahle einen „lächerlich“ kleinen Betrag für das gepachtete Land (12 US-Dollar pro Hektar und Jahr). Dieser Betrag sei zwar von der Regierung Sierra Leones empfohlen worden, den Verlust der Ernte könne er jedoch nicht ausgleichen. Addax stelle derzeit mehrheitlich Beschäftigte mit befristetem Vertrag, ohne Sozialversicherung und mit einem Tageslohn von 2,25 US-Dollar an. Dieser Tageslohn reiche – anders als vorher der Ertrag der Felder – nicht aus, um ihre Familien zu ernähren. Die Ernährungssicherheit in dem von Hungersnöten geplagten Land könnte daher gefährdet sein. Menschenrechtsanwalt Sonkita Conteh ergänzte, die Bevölkerung sei im Vorfeld nicht genügend informiert worden. Auch hätten viele Bauern keinen Plan erhalten, der die verpachteten Flächen kennzeichnet. Daher sei für sie unklar, welche Flächen sie bewirtschaften dürfen und welche nicht.

Der Rechtsprofessor Sheldon Leader empfindet mehrere Klauseln des Vertrags als bedenklich: So spreche eine sogenannte „Change in law“-Klausel Addax Entschädigungen für Verluste infolge von Gesetzesänderungen zu. Sollte also die Regierung in Zukunft die Arbeitsrechte verbessern oder Pachtverträge verbieten wollen, werde

Hunger bekämpft man nicht mit Landraub

Es gilt in die zu investieren, die vor Ort die Nahrungsmittel produzieren

| Carolin Callenius, Francisco Mari

Bäuerliche Familien, Hirten, Fischer und Indigene machen weltweit einen Großteil der Hungernden aus. Zugang zu Land, Wasser und anderen natürlichen Ressourcen sind eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass sie ihr Menschenrecht auf Nahrung einlösen können. Zur Bekämpfung des Hungers sind außerdem Investitionen in die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion und in die Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen dringend notwendig.

In keinem Fall darf ein Volk seiner Existenzmittel beraubt werden, heißt es im ersten Artikel des UN-Menschenrechtspakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Viele Regierungen jedoch – allen voran die afrikanischer Länder – scheinen in den vorhandenen Agrarflächen nur neue natürliche Ressourcen zu sehen, die sie bedenkenlos Investoren anbieten können. Sie versprechen sich Arbeitsplätze, Investitionen in den ländlichen Raum und Devisen für die Staatskassen. Doch vor dem Hintergrund der Ernährungsunsicherheit der Bevölkerung erscheinen diese Land-Deals geradezu absurd.

Auf internationaler zwischenstaatlicher Ebene sind es Verhandlungen im UN-Komitee für Welternährungssicherheit (CFS), in die derzeit große Hoffnungen gesetzt werden. Bis Jahresende sollen internationale Leitlinien, die „Freiwilligen Leitlinien für den Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen“, verabschiedet werden. Sie verstehen sich als Empfehlungen zu nationalen Landpolitiken und sollen vor allem handlungsleitende Standards enthalten, um negative Auswirkungen und Menschenrechtsverletzungen bei Landinvestitionen zu vermeiden.

Für die zivilgesellschaftlichen Akteure dieses Prozesses ist es wichtig, dass jedes Investitionsvorhaben, ob staatlich oder privat, vor Vertragsabschluss einer menschenrechtlichen

Prüfung unterzogen wird, die auch agrarökologische und soziale Fragen einschließt. Es gilt dabei vor allem, die Rechte der schwächsten Gruppen in den Blick zu nehmen und ihre Interessen nicht hintenan zu stellen. Ein wichtiges Kernelement dabei ist die Beteiligung der Bevölkerung. Betroffene Gruppen, die bisher das Land nutzen, müssen von Anbeginn an einbezogen und über Chancen und Risiken informiert werden. Um eine freie Entscheidung treffen zu können, brauchen die Bauern mehr Wissen; ihre Unkenntnis wird oft ausgenutzt. Außerdem kann die Möglichkeit, ihre Rechte gegebenenfalls gerichtlich einzufordern, ihre Verhandlungsmacht stärken. Neben Schutzrechten müssen Standards für etwaige Umsiedlungen und Regeln für Entschädigungen festgelegt werden.

internationaler Vertrag die Praxis der Landvergabe verändern kann. Vielmehr muss die Umsetzung der Standards von Parlamenten kontrolliert und von der Zivilgesellschaft und internationalen Menschenrechtsgruppen überwacht werden. Und natürlich braucht es den Umsetzungswillen der jeweiligen Regierung. Der Mangel an demokratischen Strukturen war ein wichtiger Grund, weshalb Land Grabbing in relativ kurzer Zeit vor allem in Afrika erfolgreich war.

Der größte Wert der Leitlinien wird vermutlich darin liegen, dass mit ihrer Hilfe Entwicklungen bewertet werden können. Dazu müssen sie unbedingt Verpflichtungen zur Transparenz enthalten: Ohne Wissen um den Inhalt der Verträge zwischen Regierungen

Foto: Mayte Mari



Wie geeignet die Leitlinien sein werden, die Auswüchse großflächiger Agrarinvestitionen einzudämmen, wird davon abhängen, ob und wie rasch es gelingt, verbindliche und weitreichende Standards zu verabschieden. Bei deren Umsetzung wird sich dann entscheiden, ob sie mehr sind als nur Papier. Es ist vermutlich naiv, angesichts von Geschäftsinteressen, Korruption und ungleicher Verhandlungsmacht anzunehmen, dass allein ein in-

**Demonstration gegen Landraub
beim Weltsozialforum in Dakar, Senegal, 2011.**

und Investoren können die Betroffenen, die nationalen Zivilgesellschaften, die sie unterstützen, und die internationale Zivilgesellschaft die Investitionen nicht bewerten.



Ein Junge weidet Ziegen auf „ungenutztem“ Land in Äthiopien.

der lokalen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen nachhaltig zu verbessern.

Der Griff nach Land hat auch eine internationale Dimension, denn es werden Produkte für die Märkte der Industrie- und Schwellenländer angebaut. Den abnehmenden Ländern kommt also auch eine Verantwortung zu. Beispielsweise in Bezug auf die Energiepflanzen, die nur deshalb angebaut werden, weil hohe Beimischungsquoten für Agrartreibstoffe festgesetzt werden. Es wäre höchst widersprüchlich, wenn einerseits Hungerbekämpfung postuliert würde, andererseits der eigene Konsum, der auch noch politisch angeregt und gefördert ist, auf Kosten der Menschenrechte in anderen Ländern erfolgt. Die europäische Handels- und Investitionspolitik, ebenso wie die Entwicklungsfinanzierung durch Entwicklungsbanken, sollte umfangreichen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards gerecht werden. Dazu müssten Unternehmen rechenschaftspflichtig gemacht werden.

Es stellt sich aber auch die Grundsatzfrage, ob das Wirtschaftsmodell, das auf permanentem Wachstum aufbaut, nicht am Ende ist. Wir können nicht mehr unbegrenzt Land, Wasser und natürliche Ressourcen konsumieren. Die große Herausforderung, die vor uns liegt, ist nichts weniger als ein faires, zukunftsfähiges Haushalten mit den Ressourcen dieser Welt. Wir müssen erkennen: Die Erde ist endlich. ||



Carolin Callenius
leitet die Kampagne für Ernährungssicherheit von „Brot für die Welt“.



Francisco Mari
ist Projektreferent zu Agrarhandel und Fischerei beim Evangelischen Entwicklungsdienst.

Parallel zur Schaffung dieser internationalen Leitlinien werden gleichzeitig – auf Vorschlag der Weltbank, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der G8 – Prinzipien für verantwortliche Investitionen in die Landwirtschaft erarbeitet. Sie regeln vor allem private Investitionen und deren Absicherung durch öffentliche Entwicklungsbanken. Diese Prinzipien werden aber von nichtstaatlichen Organisationen als ungenügend bezeichnet. Denn sie zielen auf eine reine Selbstverpflichtungserklärung der Unternehmen und erscheinen eher dazu geeignet, der Landnahme ein nachhaltiges Mäntelchen umzuhängen, als den Landraub zu unterbinden.

Protest vor Ort trägt den Widerstand

Letztendlich wird den Bewegungen vor Ort die bedeutendste Rolle zukommen. Ihr Protest ist wichtig. Ohne ihn und ohne die nationale und internationale Vernetzung wird es kaum gelingen, Landraub-Fälle zu dokumentieren und die Landpolitik der jeweiligen Länder, die Geschäftsinteressen der Investoren und der Finanziere publik zu machen. Diese kritische Öffentlichkeit wird weiterhin benötigt, damit auf aktuelle Fälle spezifisch reagiert werden kann und die Gesamtdimension der Probleme bekannt wird. Denn bis heute gibt es keine Klarheit über das Ausmaß des weltweiten Landraubs.

Die extreme Gefährdung der Nahrungsproduzentinnen und -produzenten durch diese Landnahmen könnte aber auch dadurch entschärft werden, dass die seit Jahrzehnten in vielen Ländern anstehende Klärung der Landbesitzverhältnisse verbindlich geregelt wird. Denn obgleich es Kleinbauern sind, die weltweit überwiegend die Grundnahrungsmittel erzeugen, haben viele von ihnen keine gesi-

cherten Landrechte. Formale Landbesitztitel flächendeckend einzuführen, kann aber neue Konflikte hervorrufen, weil sie traditionelle Landnutzungen und die Rechte von Hirten und Indigenen gefährden. Im Hinblick auch auf die langfristige Ernährungssicherung der Bevölkerung braucht es länderspezifische Lösungen, um die Rechte der Landnutzenden zu sichern und Landkonflikte zu entschärfen.

Investieren und Haushalten

Investitionen in die Agrarwirtschaft sind dringend notwendig. Um den Nahrungsmittelbedarf bis zum Jahr 2050 zu sichern, muss, so die Ergebnisse des Weltagrarberichts, in die arbeitsintensive und dennoch hochproduktive kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion und in die Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen investiert werden. Es rächt sich, dass staatliche und private Akteure die Landwirtschaft 20 Jahre lang vernachlässigt haben, weil man glaubte, dass die Agrarpreise auf ewig niedrig bleiben würden und somit Nahrungsimporte aus der industriellen Landwirtschaft des Nordens den Bedarf decken würden. Die Tatsache, dass durchschnittlich 30 Prozent der Ernteerträge die Konsumenten nicht erreichen und es kaum neue Saatgutsorten gibt, die an die veränderten Boden- und Klimaverhältnisse angepasst sind, machen die Not von Millionen Kleinbäuerinnen und -bauern deutlich. Mit landwirtschaftlicher Beratung, Verbesserung der Vermarktung, einem Agrarfinanzsystem und einer Landumverteilung zugunsten dieser marginalen Bevölkerungsgruppen kann die Produktion gefördert werden. Das schafft mehr Arbeitsplätze und hilft die Versorgung

Materialien

Bildungsmaterialien und Broschüren

Wenn das Land knapp wird... Was haben Biosprit und Futtermittel mit Hunger zu tun? Broschüre zur „Brot für die Welt“-Kampagne, 2010

Kampagnenblätter: Vierseitige Factsheets der „Brot für die Welt“-Kampagne, u.a. zu Soja, Zucker, Mais, Agrotreibstoffe, Recht auf Nahrung, Fleischkonsum, Ernährungskrise und Landgrabbing

Das große Bauernlegen: Agrarinvestitionen und der Run auf's Land. Von Thomas Fritz, FDCL 2010

Die neue Landnahme: Amazonien im Visier des Agrobusiness. Von Thilo F. Papacek, FDCL 2009

Landgrabbing – die Gier nach Land. Der Wettlauf um Land verschärft den weltweiten Hunger. Brot für alle/Fastenopfer, in: Einblick 1/2010

Arbeitshilfe für die Bildungsarbeit: Workshopmodul zum Thema großflächige Landnahme, Inkota 2010

Die neue Landnahme: Der Globale Süden im Ausverkauf. INKOTA-Dossier 7, Juni 2010

Afrika: für jedermann zu haben. Ausmaß und Auswirkungen von Landnahme für Agrotreibstoffe. Friends of the Earth Europe und Misereor, 2010

Ausstellungen

Von Teller, Tank und Trog: Wettlauf um Land in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die „Brot für die Welt“-Ausstellung besteht aus 10 Fahnen (1,00 x 2,40 Meter) und ist auch als Plakatversion erhältlich.

Landraub – Profit.Macht.Hunger! Ausstellung des Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. ab Oktober 2011 mit Workshops für Schulklassen, Führungen und Podiumsdiskussionen. Informationen unter: www.ven-nds.de

Film

Wie sich der DWS-Fonds der Deutschen Bank am „Land Grabbing“ beteiligt. Brutale Landnahme. Report Mainz, 8.11.2010, 21.45 Uhr, Das Erste, www.swr.de/report/-/id=233454/did=7136214/pv=video/nid=233454/hm5pab/index.html

Ackerland für Investoren – Land Grabbing im Sudan | Global 3000. Deutsche Welle, www.youtube.com/watch?v=OzfCva1IR9I

Dritte Welt im Ausverkauf, Dokumentarfilm zum weltweiten Ankauf von Agrarland, Alexis Marant, ARTE, 2010, 90 min; <http://planete-a-vendre.arte.tv/de>

Weiterführende Literatur im Internet

Right to food and nutrition watch. Land grabbing and nutrition Challenges for global governance. Brot für die Welt/ ICCO / FIAN International 2010

German investment funds involved in land grabbing. FIAN 2010

Land Grabbing. Moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung. FIAN Fact Sheet 2010/1

Rising Global Interest in Farmland. Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits? World Bank 2010

Seized: The 2008 landgrab for food and financial security. GRAIN 2008

The Global Food Challenge. Towards a human rights approach to trade and investment policies. Brot für alle, Brot für die Welt, Ecumenical Advocacy Alliance, FIAN, IAATP, Germanwatch, HBS 2009

Land Grabbing by Foreign Investors in Developing Countries. Risks and Opportunities. IFPRI Policy Brief No 13, Joachim von Braun and Ruth Meinzen-Dick, 2009

Making the most of agricultural investment: A survey of business models that provide opportunities for smallholders. FAO and IIED (Hrsg.), Sonja Vermeulen and Lorenzo Cotula, 2010

The Great Land Grab. Rush for World's Farmland Threatens Food Security for

the Poor. The Oakland Institute (Hrsg.), Shepard Daniel and Anuradha Mittal, 2009

A Thirst for Distant Lands: Foreign investment in agricultural land and water. International Institute for Sustainable Development (iisd) (Hrsg.), Carin Smaller and Howard Mann, 2009

(Mis)investment in Agriculture. The Role of the International Finance Corporation in Global Land Grabs. The Oakland Institute (Hrsg.), Shepard Daniel with Anuradha Mittal, 2010

From Threat to Opportunity? Problems with the Idea of a 'Code of Conduct' for Land-Grabbing. Saturnino Borrás Jr. and Jennifer Franco. In: Yale Human Rights & Development Law Journal, Vol 13, 2010, 507-523, 2010

Towards a Broader View of the Politics of Global Land Grab: Rethinking Land Issues, Reframing Resistance. ICAS Working Paper Series No. 001, May 2010, Saturnino M. Borrás Jr. and Jennifer Franco, 2010

Dokumentation

Die neue Landnahme in Afrika, Asien und Lateinamerika: Eine Dokumentation der Fachkonferenz von „Brot für die Welt“ und FDCL vom 18. November 2010 in Berlin, www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung und www.land-grabbing.de

International Conference on Global Land Grabbing, Tagung vom 6.-8. April 2011 von Land Deals Politics Initiative (LDPI) und anderen. Fast 100 Tagungsbeiträge und die Tagungsmittschnitte als Download, www.future-agricultures.org

Websites zum Weiterlesen

www.eed.de
www.fdcl.de
www.brot-fuer-die-welt.de/ernaehrung
www.farmlandgrab.org
www.meine-landwirtschaft.de
www.inkota.de
www.land-grabbing.de
www.future-agricultures.org

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 5/2011 von WELT-SICHTEN.

Konzept und Redaktion:
Carolin Callenius (Brot für die Welt), Francisco Mari (EED), Tobias Lambert (FDCL), Anja Ruf (im Auftrag von WELT-SICHTEN)

Gestaltung: Angelika Fritsch, Silke Jarick

Verantwortlich i.S.d.P.:
Carolin Callenius (Brot für die Welt)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Nächstendiebe.

Fruchtbarer Boden ist weltweit knapp geworden. Die Konkurrenz um Land wächst, denn Pflanzen sind nicht nur als Nahrungsquelle begehrt, sondern auch als nachwachsende Rohstoffe zur Energiegewinnung oder verstärkt als Futtermittel. Die Interessen der einheimischen Bevölkerung geraten dabei ins Hintertreffen. Für kleinbäuerliche Familien, Tierhalter und Indigene ist der Zugang zu Land überlebensnotwendig. In Projekten und durch Lobbyarbeit setzt sich „Brot für die Welt“ für die Wahrung ihrer Rechte ein.

Postbank Köln 500 500 500 · BLZ 370 100 50
www.brot-fuer-die-welt.de

Brot
für die Welt



Mitglied der
actalliance
Im Verbund der
Diakonie